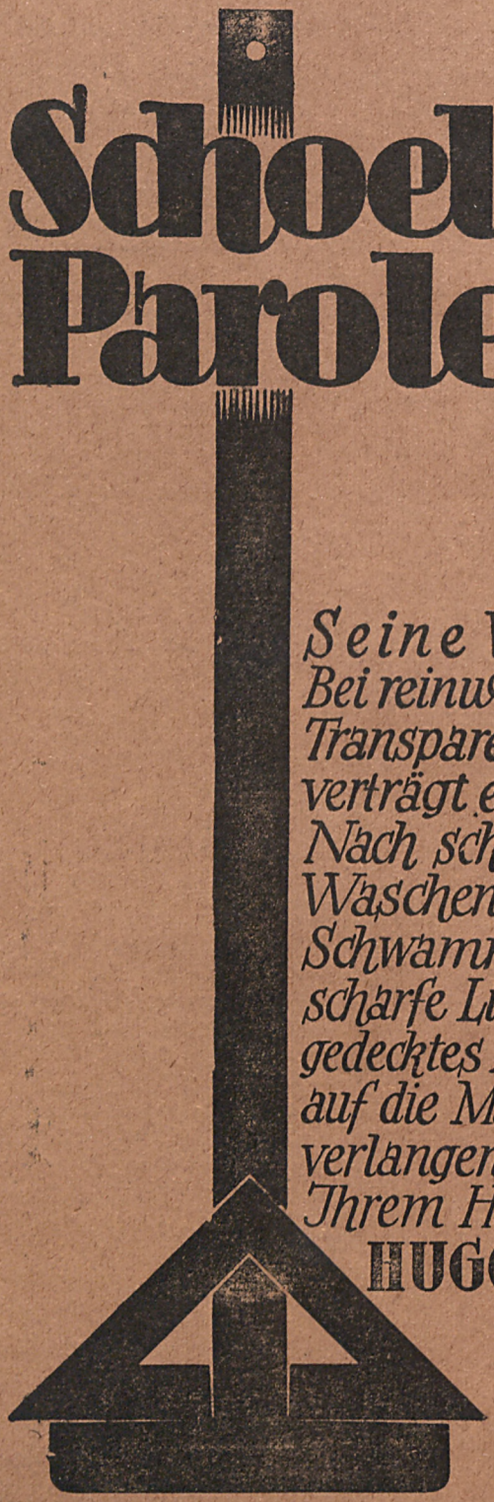
Knipping.

Hessische Hochschul-Zeitung



16. Jahrgang 1927 Heft 12

Schoellers Parole das höchstklassige Zeichenpapier



Seine Vorzüge sind:
Bei reinweisser Farbe, guter Transparenz u. Falzfähigkeit verträgt es jede Behandlung. Nach schärfster Rasur und Waschen mit Wasser und Schwamm kein Aufrauhen, scharfe Linien u. gleichmässig gedecktes Anlegen. Achten Sie auf die Marke „PAROLE" und verlangen Sie nur diese bei Ihrem Händler.

Alleiniger Fabrikant:
HUGO ALBERT SCHOELLER
DÜREN-RHLD.

Hessische Hochschulzeitung

Amtliches Nachrichtenblatt der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt
Amtliches Mitteilungsblatt der Kreisleitung des Kreises VI der Deutschen Studentenschaft

Herausgeber u. Verlag: Studentischer Pressedienst Darmstadt. Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 67284. Geschäftszimmer: Zimmer 5 der Räume der Studentenschaft, Sockelgeschoß der Hochschule, Eingang kleines Portal Hochschulstraße. Fernsprecher: 2644–2647 (Technische Hochschule)

Schriftleitung: i. V. Hans Keller. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hans Keller. Druck: Hochschuldruckerei Darmstadt-Gießen. Erscheint 14-täglich während des Semesters. Bezug je Semester bei freier Zusendung Mk. 1.—. Anzeigenannahme: Studentisch. Pressedienst Darmstadt

16. Jahrgang. **Darmstadt, den 14. Dezember 1927.** **Heft 12.**

„Das höchste politische Gut."

Von Bruno Fischer, *cand.* Dipl.-Ing.

Was sind überhaupt politische Güter? So fragen wir zunächst. Als Antwort hallt uns wohl entgegen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Die Losung der politischsten Revolution, die Europa gesehen. Aus anderen Lagern erklingt der Ruf: Freiheit, Ehre, Vaterland! Wieder andere ringen um „Freiheit, Brüderlichkeit, Verantwortung!"

„Einigkeit und Recht und Freiheit", so hat Hoffmann von Fallersleben die politischen Güter zusammengefaßt, welche die Grundlage eines blühenden deutschen Gemeinwesens bilden können.

Aus allen diesen Losungen erklingt das Wort „Freiheit". Trotzdem ist die Freiheit keineswegs von vornherein ein politisches Gut, denn das persönliche Freiheitsbedürfnis des einzelnen geht im allgemeinen weit über den Rahmen des der Gemeinschaft Zuträglichen hinaus. Politische Freiheit in ihrer erstrebenswerten Form muß also an bestimmte Formen gebunden sein, die sich zu erkennen geben in der Verfassung und den Gesetzen einer staatlichen Gemeinschaft.

Ist politische Freiheit, wie sie uns etwa die Weimarer Verfassung gewährt, nun das höchste politische Gut? Ist es Recht, Einigkeit, Brüderlichkeit? Ist es nationale Macht und Ehre? Ist es das Vaterland, wollen wir sogar fragen unter Hintansetzung der logischen Unmöglichkeit, abstrakte und konkrete Begriffe miteinander zu vergleichen, jedoch mit der Gewißheit, daß beim vertrauten Klang dieses Wortes uns all jene hohen politischen Güter zum Bewußtsein kommen, deren wir uns in ihm erfreuen.

Das Vaterland ist wohl für den einzelnen das Höchste, doch es ist andererseits auch wieder Teil eines Ganzen, das wir Europa nennen. Es ist Glied einer Staatengemeinschaft, die man als Völkerbund bezeichnet. Es muß also politische Güter geben, die das Bestehen des Vaterlandes bedingen, die das Vaterland als solches erstreben muß, um sich zu entfalten in der größeren Gemeinschaft, der es angehört, d. h. zunächst in der Gemeinschaft der Kulturvölker unseres Kontinents, begründet in der Gemeinsamkeit abendländischer Zivilisation.

Hier wollen wir das höchste politische Gut suchen. Hier hat es schon Kant gesucht, als er sein Traktat „Zum ewigen Frieden" schrieb; hier begegneten sich wohl alle Führer des geistigen Deutschland über Goethe und Fichte hin zu Nietzsche, der seiner Sehnsucht und seinem politischen Wollen Ausdruck gab, indem er das Wort vom „guten Europäer" prägte.

Kant bezeichnet in der erwähnten Schrift den ewigen Frieden, d. h. einen „weltbürgerlichen Zustand der öffentlichen Staatssicherheit" rund heraus als das höchste politische Gut. Er argumentiert für seine Notwendigkeit folgendermaßen: „Ehe dieser letzte Schritt (nämlich die Staatenverbindung) geschehen, also fast nur auf der Hälfte ihrer Ausbildung, erduldet die menschliche Natur die härtesten Übel unter dem betrüglichen Anschein äußerer Wohlfahrt; und Rousseau hatte so unrecht nicht, wenn er den Zustand der Wilden vorzog, sobald man nämlich diese letzte Stufe, die unsere Gattung zu ersteigen hat, wegläßt." Die organische Notwendigkeit der endlichen Erreichung dieser Stufe drückt er klassisch aus in folgenden Worten: „So wie allseitige Gewalttätigkeit und daraus entspringende Not endlich ein Volk zur Entschließung bringen

Heinrich HELA **Lautz**
Ecke Rhein- Grafenstraße
Größtes Spezialgeschäft für den gesamten Hochschulbedarf
Neuheiten
HELAMAPPEN für Praktikaausarbeitungen
PRAKTIKUMSMAPPEN mit 100 Bl. Durchschreibpapier
KOLLEGMAPPEN mit Klemmrücken
ZEICHENPAPIER, Detail und Ölpaus
REISSZEUGE, RECHENSCHIEBER, große Auswahl
Der kleine Nr. 5 geeignet als Taschenrechenschieber

mußte, sich dem Zwange, den ihm die Vernunft selbst als Mittel vorschreibt, nämlich dem öffentlichen Gesetze zu unterwerfen und in eine staatsbürgerliche Verfassung zu treten: so muß auch die Not aus den beständigen Kriegen, in welchem wiederum Staaten einander zu schmälern und zu unterjochen suchen, sie zuletzt dahin bringen, selbst wider Willen, entweder in eine weltbürgerliche Verfassung zu treten oder in einen rechtlichen Zustand der Förderation nach einem gemeinschaftlich verabredeten Völkerrecht einzutreten."

Kant schildert hier mit kühner Bestimmtheit genial vorausschauend die Entwicklung, wie sie im heutigen Völkerbund ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat. Warum sollte auch der Verfasser der „Kritik der Urteilskraft" nicht ein einsichtiger, auf große Zusammenhänge eingestellter Politiker gewesen sein?

Man mag mit Recht Kritik üben an der derzeitigen Unfähigkeit und Machtlosigkeit des Völkerbundes (seine tatsächlichen Verdienste sind leider häufig gerade den schärfsten Kritikern am wenigsten bekannt). Tatsache ist: Die Idee einer überstaatlichen Gemeinschaft wurde hier zum ersten Male Wirklichkeit. Der Völkerbund als eine Art Forum der Nationen besteht. Eine Sprengung desselben ist grundsätzlich unmöglich wegen seines parlamentarischen Aufbaus. In diesem „Parlament der Völker" dürfte sich der Nachteil vieler deutscher Parlamente — wenig ausgeprägte Mehrheitsbildung — so leicht nicht geltend machen. Man denke nur daran, wie leicht es unseren Gegnern im Kriege gefallen ist, die ganze Welt gegen uns aufzuhetzen, weil wir Belgien „überfallen" hatten. Der Schein war gegen uns, vielleicht auch mehr, jedoch nicht genug, um den Mißbrauch zu entschuldigen, den man daraufhin mit dem „Weltgewissen" gegen uns getrieben hat. Jedoch: Zeigt der Erfolg dieses Vorgehens nicht am besten, daß es doch so etwas wie ein Weltgewissen gibt, ein Weltgewissen, das sich wohl irreleiten ließ, weil es noch jung war und kritiklos, ohne Maßstäbe, außer jenem Völkerrecht, das in Wahrheit nur ein „Recht zum Kriege" war und für dieses Recht gewisse bürokratische Erschwerungen (Kriegserklärung) vorsah, die wir unglücklicherweise verletzen mußten. Dieses Weltgewissen hat sich heute in Genf eine Zuflucht gesucht und ringt dort aufrichtig um internationale Rechtsnormen.

Doch wir brauchen nicht einmal das Weltgewissen, das unentwegten Skeptikern vielleicht ein allzu hypothetisches Dasein fristet. Wir brauchen einen gesunden Menschenverstand, um einzusehen, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges weitere kriegerische Auseinandersetzungen in dem nach dem heutigen Stand der Vernichtungstechnik vorauszusehenden Ausmaß für Europa einem Selbstmord gleichkämen, was hier wohl kaum näher ausgeführt zu werden braucht. „Wie der Selbsterhaltungstrieb der Individuen den Staat geschaffen hat, so wird der Selbsterhaltungstrieb der Staaten den Überstaat schaffen: nicht aus Sittlichkeit, sondern aus Klugheit und Notwendigkeit" (Coudenhove-Kalergi).

Erst eine derartige paneuropäische Staatenzusammenfassung könnte die unorganische Struktur des gegenwärtigen Völkerbundes beheben helfen, die darin zu erblicken ist, daß in diesem „Rumpfparlament der Nationen die Schweiz z. B. ihrer österreichischen Nachbarrepublik nicht näher steht als Siam oder Peru". Ein erdumspannender Völkerbund, wie ihn Wilson sich gedacht hat, ist nur möglich zwischen großen Einheiten, etwa einem britischen, russischen, ostasiatischen, amerikanischen und europäischen Imperium, welch letzteres außer Europa noch dessen sämtliche Kolonien, d. h. einen großen Teil Afrikas, umfassen würde.

So utopisch die Idee der Vereinigten Staaten von Europa zunächst erscheinen mag, bei näherem Zusehen werden wir bemerken, daß die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Tage ganz deutlich nach dieser Seite neigt. Genau wie die rücksichtslose Konkurrenz der einzelnen Industrieunternehmen abgelöst wurde durch Zusammenarbeit in nationalen Industrieverbänden (Kartellen, Syndikaten, Trusts), ist ja bekanntlich in letzter Zeit der Kampf der nationalen Industrieverbände durch internationale Vereinbarungen immer mehr in ein friedliches Nebeneinanderarbeiten umgestaltet worden. Es ist im Kleinen wie im Großen: Wird die Konkurrenz untereinander zu groß, werden ihre Kosten zu hoch und gibt es keine umwälzenden Neuerungen in der Produktion mehr zu erwarten, keine neuen Absatzgebiete mehr zu erschließen, kein Neuland mehr zu beackern, dann einigt man sich, und zwar nicht aus Nächstenliebe, sondern aus wohlverstandenem Selbstinteresse. So haben wir heute eine ganze Anzahl internationaler Kartelle, bei deren Aufzählung man etwa mit dem internationalen Glühlampenkartell beginnen würde, um mit der europäischen bzw. kontinentalen Rohstahlgemeinschaft aufzuhören. Wenn einzelne Erzeugnisse schon über die ganze Erde hinweg kartelliert sind, wenn industrielle Organisation und Absatzvereinbarungen den Erdball umspannen, dann dürfte die Erkenntnis von der Wirtschaftseinheit unserer kleinen europäischen Halbinsel niemandem mehr schwer fallen. Sie müßte eigentlich schon zum selbstverständlichen Bildungsgut des Europäers geworden sein. In maßgebenden Kreisen der Wirtschaft, deren Einfluß auf die Politik nicht gering ist, hat sie sich gleich nach dem Kriege wieder Bahn gebrochen, bestärkt durch die Erfahrungen der Kriegsjahre.

Die Organisationen der Industrie waren es, die nach dem Kriege zuerst wieder Beziehungen anknüpften und in der Erkenntnis gemeinsamer Interessen die Atmosphäre des Hasses und der unnatürlichen Abschließung durchbrechen halfen.

Doch hüten wir uns vor einer Überschätzung der Wirtschaft! Sie kann wohl den Boden vorbereiten für die Idee Paneuropa, nie aber wird sie ideengestaltend im höheren, kulturell belangvollen Sinne wirken. Hier muß die Jugend einsetzen mit ihrem ungebrochenen, tatbereiten Glauben an Volk und Menschheit, an eine europäische Kulturmission. Dieser Glaube, oder die vielleicht bei vielen noch schlummernde Kraft zu diesem Glauben, zeichnen die Jugend unverdientermaßen, aber glücklicherweise, vor der alten Generation aus, die zum nicht geringen Teil durch das überwältigende Geschehen des letzten Jahrzehnts, durch Krieg, Revolution und Inflation, optimistischen Fortschrittsglauben verloren hat, weil die Ideale ihrer Jugend zu rauh und unvermittelt durch die Geschichte korrigiert wurden.

„Der Jugend Europas gewidmet" steht deshalb auf der ersten Seite von Coudenhove-Kalergis Buch über Paneuropa, von dem Emil Ludwig, der bekannte Biograph Bismarcks und Napoleons schreibt: „. . . Dieses kurze Buch von 160 Seiten wird in der Geistesgeschichte Europas nach hundert Jahren neben Kants und Mazzinis Völkerbundschriften stehen . . . Nicht laut genug kann man die Kenntnis dieser Schrift empfehlen, die nach vorwärts so wichtig erscheint wie nach rückwärts Wilsons Memoiren. Sie ist, in deutscher Sprache, eine europäische Tat. . . ." Diese Tat geschah 1923 unter der einzig möglichen Rechtfertigung: „Jedes große historische Geschehen begann als Utopie und endete als Realität." Die seitdem vor sich gegangene Entwicklung des Völkerbundes hat dem Gedanken des Grafen Coudenhove Recht gegeben. Locarno bedeutet den ersten und wegen der ausschlaggebenden Bedeu-

tung des Verhältnisses Deutschland-Frankreich einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur paneuropäischen Union.

Das Buch hat sich seit seinem Erscheinen einen großen Teil der öffentlichen Meinung Europas erobert. Die vereinzelten Stimmen, die 1924 für Paneuropa eintraten, wurden 1925 zu einem mächtigen Chor, seit Herriot in seiner denkwürdigen Rede vom 29. Januar 1925 unter dem Jubel der französischen Kammer die Worte gesprochen hatte: „. . . Europa ist kaum mehr als ein kleiner Bezirk der Welt. Möge es doch ein wenig von seinem alten Hochmut ablassen! In der Ferne, am Pazifischen Ozean, stellen sich Probleme, die wahrscheinlich in naher Zukunft die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten von Europa erfordern werden. . . . Mein



größter Wunsch ist, eines Tages die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa zu erleben. Und wenn ich mit so viel Mut — ich fühle mich berechtigt, dies auszusprechen — meine Kräfte für den Völkerbund eingesetzt habe, so geschah dies, weil ich in dieser großen Einrichtung den ersten Wurf jener Vereinigten Staaten von Europa erblickte.

Ich will es am Ende dieser Ausführungen aussprechen: Es gibt Völker, die sich versöhnen müssen, weil ihre Zusammenarbeit eine Notwendigkeit ist. . . ."

Auch aus dem Munde des französischen Ministerpräsidenten hören wir also, was unbedingte Voraussetzung zur Schaffung der wirtschaftlichen Machtgrundlagen einer starken europäischen Kulturgemeinschaft, was die erste und wesentlichste Stufe auf dem Wege zum „höchsten politischen Gut", zum europäischen Frieden Europas ist: Eine restlose Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Nirgends kommt es so auf die Jugend an wie in der Gestaltung der Beziehungen dieser beiden Völker. Nirgends hat die Jugend mehr Fehler der Vergangenheit wieder gut zu machen, nirgends ist ihr aber auch der Weg zu gegenseitigem Verstehen so klar und vollendet, man kann wohl auch sagen so modern, so abseits allen „kulturkundlichen Unterrichts" gewiesen, wie in den Werken zweier ihrer bedeutendsten lebenden Dichter: Romain Rolland und Fritz von Unruh können der Jugend beider Länder (neben manchen anderen) Führer sein im Ringen um die Seele des anderen Volkes.

In den Werken dieser beiden Männer pulst warmes Verständnis für die Kultur des Nachbarvolkes. Beide sind lebendige Zeugen für die Behauptung, die neulich Graf Keyserling in unseren Mauern aufstellte, daß Deutschland und Frankreich die beiden geistigen Völker Europas sind. In diesen beiden Völkern manifestiert sich europäischer Geist in seinen allein möglichen, einander wunderbar ergänzenden Erscheinungsformen. Wenn wir sie erkennen wollen, ist mangels persönlicher, etwa auf Reisen vorgenommener Einfühlung in das Wesen des anderen Volkes, wie es Fritz von Unruh in seinem Reisebuch „Flügel der Nike" schildert, ein Zurückgreifen auf die geistesgeschichtliche Vergangenheit unerläßlich. Und so wird denn auch eine Gestalt, die nach Milieu und Charakter zunächst starke Ähnlichkeit mit dem jungen Beethoven hat, der Held jenes bedeutendsten Werkes Romain Rollands, des großen, oft mit „Wilhelm Meister" verglichenen Entwicklungsromans „Johann Christoph". Was Romain Rolland, in dem wir den bedeutendsten französischen Prosaschriftsteller der Gegenwart zu erblicken haben, dem geistigen Europa mit seinem beinahe zu konstruktiv ideenreichen, zutiefst miterlebten „Clérambault" gegeben hat, schenkte uns Fritz von Un-

ruh in der meisterhaften Gestaltung seines Kriegserlebens im „Opfergang".

Diese kurzen, nur einen kleinen Teil des dichterischen Schaffens dieser beiden Männer erfassenden Andeutungen müssen hier leider genügen, denn schon drängt sich uns die Frage auf: Wo bleibt der europäische Frieden angesichts der unsicheren Verhältnisse im Osten, angesichts der bolschewistischen Propagierung der Weltrevolution?

Man mag zur Idee des Kommunismus stehen wie man will, auf jeden Fall bedeuten seine gewaltsamen Umsturztendenzen eine Gefahr für die europäische Kultur. Es ist auch heute noch keine leichte Aufgabe, sich ein klares Bild über Rußland, das asiatisch-östliche Imperium mit den so grundlegend neuen Wirtschaftsformen, zu verschaffen. Zunächst heißt es da einen dicken Trennungsstrich ziehen: Wir müssen für unsere europäischen Verhältnisse unbedingt und mit aller Entschiedenheit jene Gewaltmethoden ablehnen, mit denen der neue sowjetrussische Ideenimperialismus die Welt beglücken will. Das russische Volk mit seiner unglaublichen Jugendelastizität und seiner agrarischen Unabhängigkeit konnte es sich erlauben, unter ungeheuren Opfern noch einmal von vorn anzufangen, war doch seine Entwicklung als moderner Industriestaat noch in den Anfängen begriffen, als die Revolution ausbrach. Europa würde mit dem sowjetrussischen Experiment zu viel aufs Spiel setzen, und der Gewinn wäre mehr als zweifelhaft. Über diesem Gegensatz dürfen wir jedoch nicht vergessen, die tatsächlich vorhandenen geistigen und wirtschaftlichen Brücken zwischen Europa und seinem östlichen Nachbarn zu erkennen und auszubauen. Ganz abgesehen von der großen Bereicherung, die das europäische Geistesleben seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts von den Russen erfahren hat (in diesen Zusammenhang gehört auch das außerordentlich fruchtbare Verhältnis von Romain Rolland zu Leo Tolstoi), sei einmal darauf hingewiesen, daß es wohl Wege sind, die uns von Rußland trennen, daß aber der Sinn der russischen Wirtschaftsentwicklung derselbe ist wie der aller modernen Wirtschaft: Immer vollkommenere Befriedigung eines steigenden Massenbedarfs. So oder ähnlich lauten wenigstens alle Definitionen über den Zweck der Volkswirtschaft. Die Russen sind zur Erreichung dieses Zieles einmal einen anderen Weg gegangen, einen Weg, der die bisherige klassenmäßige Gliederung der Massen aufhob, die vom westlichen Kapitalismus stark beeinflußt und mit ausgeprägten Resten alter Feudalherrschaft wenig glücklich vermischt war.

Auf das Problem des europäischen Friedens zurückkommend, müssen wir also sagen, daß Europa in einer gewissen Verteidigungsstellung gegenüber Rußland steht, die solange eine militärische Übermacht unseres „Erdteils" erforderlich macht, als Rußland nicht gemeinsam mit Europa abrüstet, wozu es sich ja kürzlich in Genf, wenn auch zunächst mehr aus propagandistischen Motiven, bereit erklärt hat. Rußland weiß sehr wohl, daß es mit der endgültigen Abrüstung noch gute Weile hat. Aber ist es nicht schon ein Fortschritt, daß der Gedanke der Abrüstung überhaupt einen so breiten Raum in der politischen Diskussion einnimmt? Ist es nicht ein gutes Zeichen für die Macht des Abrüstungsgedankens, daß Frankreich sich verpflichtet fühlt, auf die allerdings beträchtliche Herabsetzung seines stehenden Heeres immer wieder hinzuweisen, um seine Abrüstungsbereitschaft auch als mit der Tat bewiesen hinzustellen? Wir wissen, daß die Abrüstung, die wir brauchen, nicht so sehr beim stehenden Heer als vielmehr bei den technischen Mitteln der Kriegführung anfängt, und da ist uns Frankreich noch viel schuldig, wenn auch das Protokoll gegen den Gaskrieg und ähnliche Dokumente wohl von allen Nationen bereitwilligst unterzeichnet wurden.

Wir könnten die Reihe der Anzeichen einer Besinnung Europas auf sich selbst beliebig vermehren, der Zweifler, der ungläubige Pessimist wird ebensoviel Gegenbeweise anführen. Wir aber finden unsere Zuflucht in den gedankenschmeidigenden Ausführungen des größten deutschen Philosophen, der in seinem Traktat „Zum ewigen Frieden" behauptet, daß, „da das menschliche Geschlecht beständig im Fortrücken in Ansehung der Kultur, als dem Naturzwecke desselben, ist, es auch im Fortschreiten zum Besseren in Ansehung des moralischen Zweckes seines Daseins begriffen sein müsse, und daß dieses zwar bisweilen unterbrochen, aber nie abgebrochen werde." Selbstsicher fährt er fort: „Diese Voraussetzung zu beweisen habe ich nicht nötig; der Gegner derselben muß beweisen. Denn ich stütze mich auf meine angeborene Pflicht, am Fortschritt der Menschheit zu arbeiten. Es mögen nun auch noch so viel Zweifel gegen meine Hoffnungen aus der Geschichte gemacht werden, die, wenn sie beweisend wären, mich bewegen könnten, von einer dem Anschein nach vergeblichen Arbeit abzulassen: so kann ich doch, solange dieses noch nicht ganz gewiß gemacht werden kann, die Pflicht gegen die Klugheitsregel, aufs Unmögliche nicht hinzuarbeiten, nicht vertauschen; und so ungewiß ich immer sein und bleiben mag, ob für das menschliche Geschlecht das Bessere zu hoffen sei, so kann dieses doch nicht der Maxime, mithin auch nicht der notwendigen praktischen Voraussetzung derselben, nämlich, daß es möglich sei, Abbruch tun."

Als Lokomotivheizer im Bergischen Land.

Von *stud. mach.* Fritz Stader.

Durch Vermittlung der Studentischen Wirtschaftshilfe Darmstadt kam ich im Herbst 1927 als Lokomotivheizer in den Dienst des Bahnbetriebswerk Lennep der Reichsbahndirektion Elberfeld. Zunächst wurde ich als dritter Mann einer Verschiebelokomotive der Gattung Pt 34.17 (T 12) überwiesen. Ich lernte die Einrichtungen der Maschine kennen, die Signale und Dienstvorschriften.

Daß ich aber nun noch lange nicht heizen konnte, sollte ich erfahren, als ich nach vier Tagen als selbständiger Heizer auf eine Gt 46.17 (T 14¹) in den Güterzugdienst kam. Das heißt meine Selbständigkeit war in diesen Tagen nicht weit her. Aber nie hatte ich einen Führer, der ungeduldig wurde, wenn der Zeiger des Manometers trotz meiner eifrigsten Bemühungen mit Haken und Schaufel nicht über 10 Atm. Kesselspannung hinausgehen wollte. Ich bekam dann die tröstliche Versicherung zu hören: Das kommt schon mit der Zeit.

Tatsächlich konnte ich auch erfahren, daß der Führer zum heizen keine Anweisung geben kann. Man muß es aus sich

selbst lernen. So hat fast jeder Heizer seine eigene Art, zu feuern. Auch bei einem Führerwechsel merkt der Anfänger bald, daß jeder Führer wieder nach seiner eigenen Weise fährt. Der Heizer muß sich dementsprechend einrichten. Aber die Hauptsache ist letzten Endes beim Anfänger wieder, daß es klappt.

Ich erfuhr nun auch, welche Geschicklichkeit dazu gehörte, einen schweren Personen- oder Güterzug im bergigen Gelände, wo Steigungen von 1:60 bis 1:40 keine Seltenheiten sind, planmäßig zur Zielstation zu bringen, ohne die Maschine bei der Talfahrt „brüllen" zu lassen, d. h. ohne daß die Sicherheitsventile abblasen, ohne „Heißläufer" (heiße Achsen) immer genügend Wasser im Kessel und bei der nächsten Steigung wieder Spitzendruck.

Hatte ich auch schon manche gute Fahrt gemacht, so klappte es eines Tages doch wieder nicht. Alles hatte ich versucht, nun war ich ratlos. Bis ich schließlich entdeckte, daß die Rauchkammertür nicht dicht geschlossen war. Von jetzt ab vergaß ich nicht, beim Vorbereitungsdienst nach der Rauchkammer zu sehen.

Nach vier Wochen fand ich den Güterzugdienst doch sehr gemütlich, um so mehr, als ich schon zuweilen auf Personenzügen Dienst gemacht hatte. Allerdings auch hier nicht, ohne im Anfang ein glänzendes Fiasko mit meinem Heizen zu erleben.

Gegen den Rangierdienst hatte ich eine gewisse Abneigung, die ebenso sehr auf die Langeweile, die der Heizer dabei empfindet, als auch auf einen kleinen Unfall zurückzuführen ist.

Eines Sonntagsabends, zwei Stunden vor Feierabend, zog unsere kleine T 12 einen Güterzug aus dem Remscheider Hauptbahnhof, um ihn aufzulösen. Im Augenblick hatte ich nichts zu tun und schaute deshalb, bei geöffneter Türe ziemlich weit aus der Maschine hinausgelehnt, in die Sonne, die im Begriff war, hinter dem Remscheider Bergkegel zu verschwinden. Ich bemerkte deshalb nicht einen Lichtmast, der, bedenklich nahe am Geleise stehend, nun heranrückte. Im nächsten Augenblick hatte ich auch schon das Empfinden, nicht mehr auf der Maschine zu sein. Tatsächlich fand ich mich im Schotter, am Fuße des Lichtmastes wieder und sah in meiner unmittelbaren Nähe die Räder der Wagen vorüberrollen. Das Loch, das ich im Schädel hatte, ließ keinen Zweifel mehr über. Aber das sind alles Sachen, die nur einmal vorkommen.

Der schönste Teil der Ausbildung war der Personenzugdienst. Die Maschine war von der Gattung Pt 37.17 (T 18). Vorzugsweise sind in Lennep Tendermaschinen beheimatet, weil auf kürzeren Strecken ein Drehen nicht immer möglich ist. D-Zugverkehr hatten wir nicht dort. Aber auf den Strecken Düsseldorf—Köln, Elberfeld—Köln haben wir auch mit Beschleunigten Personenzügen eine Geschwindigkeit von 75—80 *km* oft erreicht. Da machte der Dienst Spaß, wenn es mit dieser Geschwindigkeit durch die Nacht ging, wenn das Manometer, das ich in den ersten Tagen förmlich haßte, nun willig gehorchte, oder wenn wir im Morgengrauen im gemütlichen Güterzugtempo die Müngstener Brücke, die höchste Brücke Deutschlands (107 *m* hoch), passierten und durch die



Overstolz 7 Pfg · Ravenklau 6 Pfg · Löwenbrück 8 Pfg · Güldenring 10 Pfg ·

Orienttabak und Wein

Man soll einen Wein nicht nach dem ersten Schluck beurteilen, es ist viel wichtiger zu prüfen, ob der letzte Schluck das hält, was der erste verspricht.
Mit dem TABAK ist es wie mit dem WEIN. Der letzte Zug einer Zigarette soll ebenso rein sein wie der erste, keinerlei Nachgeschmack darf zurückbleiben. Dann waren die Tabake gut und ausgereift, dann ist die Zigarette auch bekömmlich wie ein naturreiner Wein aus guter Lage.

Wir bitten den Raucher, auf diese besondere Eigenschaft unserer Zigaretten zu achten.

Haus Neuerburg
· O · H · G ·

OVERSTOLZ ist neuerdings auch in Packungen zu 10 Stück erhältlich

Wälder des Bergischen Landes ins Oberbergische hinaufführen. Wie man mit einem guten Brikettfeuer die Steigungen von der Rheinebene ins Bergische hinauf überwand, hatte man ja nun längst gelernt. Da machte mir der Fahrdienst Freude, trotz harter Arbeit und wenig Schlaf. Da ich in Elberfeld wohnte, konnte ich nicht immer nach dem Dienst nach Hause kommen. Man mußte sich mit einer Pritsche begnügen. So, wenn ich um 3 Uhr morgens Dienstschluß hatte. Um 1/27 Uhr fuhr ich dann nach Hause (55 Minuten Fahrzeit), um 12^{00} Uhr hatte ich wieder im Dienst zu sein bis 22 Uhr. So hatte man innerhalb zweier Dienstschichten von 17 Uhr bis anderen Tags 22 Uhr vielleicht 3 oder 4 Stunden geschlafen. Dienstschichten von 12 und 13 Stunden waren keine Seltenheiten. Wohl waren dann 1—2 Stunden Pause in der Schicht, während denen man aber auf und unter die Maschine kletterte. Da mußte die Luftpumpe neu abgedichtet werden, Bremsen und Federung nachgestellt, die Stangenlager mußten gelöst oder angezogen werden. Oft kommt auch ein mehr oder minder kleines Mißgeschick, das einem um die Pause bringt.

So übernahmen wir an einem prächtigen Sonntagmorgen im September den Personenzug 530 in Lennep, um ihn nach Barmen-Rittershausen zu bringen, eine kurze Strecke. Dort hatten wir fast 2 1/2 Stunden Zeit. Um 13 Uhr ging es dann mit einem Beschleunigten Personenzug nach Köln. Bei prächtigem Wetter war der Zug, den wir zu übernehmen hatten, sehr voll. Zur Feier des Sonntages hatte ich einen sauberen Anzug bei mir. Wir nahmen uns nun vor, es uns in der Pause recht gemütlich zu machen und so unseren Sonntag zu feiern. Aber erstens kommt es anders .... Unterwegs versagte die Fahrpumpe. Mein Führer bemerkte pessimistisch: Ein Unglück kommt selten allein. Nun, wir hatten unsere Fahrgäste entlassen in Barmen-Rittershausen und waren zum Betriebsbahnhof gefahren, wo wir die Pause verbringen sollten. Wir fuhren durch das äußerste Geleise, um in unser Standgeleise zu kommen, das der Block uns angewiesen hatte. Die Aussicht auf die Strecke war durch den Pfeiler einer Überführung verdeckt. So sahen wir nicht die Maschine, die uns entgegenkam. Im letzten Moment flog die Weiche herum, die in ein Stumpfgeleis führte, und wir saßen bis an den Achsen in einem Erdhaufen, der in Ermangelung eines Prellbockes dort aufgeschichtet war. Nachdem wir mit Hilfe einer P 8 und einer T 12 unsere Maschine aus dem Erdhaufen herausgebracht hatten, ging es an die Untersuchung und Säuberung. Als wir um 13 Uhr nach Köln fuhren, waren wir schwarz wie die Neger. Unsere Pause haben wir aber in Köln nachgeholt.

Meine Stellung zum Personal war immer ausgezeichnet. Der Verdienst ist für den Studierenden gut. Im dritten Monat kommt man auf 200—230 Mark.

Zum Schluß hatte ich jedenfalls den Wunsch, meine Ausbildungszeit bei nächster Gelegenheit noch einmal durchzumachen und dann auch im Schnellzugdienst zu fahren. Von unserem Standpunkt aus müssen wir bedauern, daß die Reichsbahn für die Ausbildung nur drei Monate bewilligt. Immerhin können und wollen wir ihr auch für diese drei Monate recht dankbar sein.

Das junge Deutschland.

Von Helmut Wiese.

(Aus: Hamburger Universitäts-Zeitung.)

Im Schloß Bellevue in Berlin hat der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände im August und September eine Ausstellung der deutschen Jugend veranstaltet und ihr den Namen „Das junge Deutschland" verliehen. Jugendbewegung stellt sich aus. Die „Zünftigen" zucken die Achseln, grinsen und tippeln weiter, unbekümmert um die, denen so ein Leben und so eine Bewegung „interessant" erscheint. Sie haben ja die echte Jugendbewegung in Erbpacht genommen und daher die Berechtigung, auf alles Auchbewegte hochmütig herabzusehen. Diese ewigen Wandervögel sind natürlich nicht Träger dieser Ausstellung. Aber noch eine andere bedeutsame Gruppe der Jugendbewegung, die diese Bewegung eigentlich für sich geschaffen hat, die Jugend der Reifezeit, ist nicht Träger dieser Ausstellung. Diese ist zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Sie hat der deutschen Jugendbewegung jenen eigentümlich individualistischen Zug und jene vielbesprochene Gliederung in kleine, häufig wechselnde Horden gegeben. Die Ausstellung wird vielmehr von den erwerbstätigen Jugendlichen, den 14- bis 18jährigen, getragen.

Darin zeigt sich äußerlich die Wandlung der Jugendbewegung: Von der kleinen, abgeschlossenen Gruppe höherer Schüler der Vorkriegszeit zu der großen Masse der erwerbstätigen Jugend der Nachkriegszeit. Innerlich zeigt sie sich in der neuen Problematik: Vor dem Kriege die Flucht aus der Welt der Alten, untertauchen in einer Welt der Romantik. Nach dem Kriege hineinstellen in dieses verlogene und verhaßte Leben, um es zu bessern und zu meistern. Soziale Arbeit leisten ist das Schlagwort, und so vieldeutig wie dies Wort „sozial", so vielseitig sind auch die Versuche, soziale Arbeit zu tun.

Die erste große Zusammenfassung dieses Entwicklungsabschnittes liegt in dieser Ausstellung vor uns. Ihr Thema scheint die Forderung nach Freiheit zu sein, denn der Begründung dieser Forderung ist ein großer Teil der Ausstellung gewidmet. Man muß dem Reichsverband für die Erhebungen über die Arbeitszeit Jugendlicher dankbar sein. Er zerstört zwar mit diesen Zahlen die falsche und doch oft gebrauchte Phrase von der vielen Fürsorge, die in Deutschland getrieben wird. Statt dessen enthüllt er die furchtbaren Versäumnisse auf diesem Gebiet, den ungeheuerlichen Raubbau an der Kraft unnserer Jugend. Hier einige Zahlen: Die Gesamtdauer der Arbeitszeit (einschließlich Überstunden, Aufräumungsarbeit und Berufsschulstunden) betrug im Durchschnitt:

in 2 Großstädten 10 Stunden 35 Min.
in 2 Mittelstädten 9 Stunden 45 Min.
in 2 Kleinstädten 9 Stunden 5 Min.
in 2 Landgemeinden 10 Stunden 40 Min.

Dabei sind die in der Landwirtschaft beschäftigten Jugendlichen nicht berücksichtigt worden; allgemein kann angenommen werden, daß hier die Arbeitszeit noch höher ist. Um diese

Zahlen lebendig zu machen, muß man sich überlegen, was nach Abzug des Weges zur Arbeit, der Zeit zum Schlafen, zum Essen usw. noch übrig bleibt von den 24 Stunden des Tages: Nichts oder so gut wie nichts. Nur der Sonntag — meint man. Steht doch in der Reichsverfassung ausdrücklich (Artikel 139): „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt." Aber für einen großen Teil der Jugend scheint die Verfassung nicht zu gelten: „Jeder 8. männliche Jugendliche und jede 7. weibliche Jugendliche leistet Sonntagsarbeit." Auch die Möglichkeit, jährlich einmal einige Tage auszuspannen, besitzt nur ein Teil: „23,1% der Jugendlichen erhalten keinen Urlaub, 15,8% hat 1—3 Tage, 8,1% 3—5 Tage, 38% 5—8 Tage und nur 15% über 8 Tage jährlichen Urlaub". Dagegen haben die gleichaltrigen Schüler 78 Tage Ferien. Die Forderung der Jugendverbände muß man bei solchen Zuständen als sehr bescheiden bezeichnen: „48-Stundenwoche, 3 Wochen Urlaub für die 14—16jährigen, 2 Wochen für die 16—18jährigen." Ist es nicht beschämend für die verantwortlichen Stellen, daß die Jugend sie erst belehren muß: „Übermäßige Arbeit Jugendlicher schädigt ihre Gesundheit, gefährdet Deutschlands künftige Volkskraft. Jugend bedarf der Muße, um zu reifen an Leib, Seele und Geist."

Diese nötige Muße findet der deutsche Jugendliche heute auch nicht zu Hause: „Jeder 5. Jugendliche hat kein eigenes Bett. Jeder 8. Jugendliche lebt in einer übervölkerten Wohnung. Jeder 16. Jugendliche schläft mit Fremden in einem Schlafzimmer. Jeder 200. Jugendliche schläft mit Fremden in einem Bett." Furchtbarer kann die Not unserer Jugend wohl kaum dargestellt werden. Man sollte alle diejenigen, die nicht genug über die Verwahrlosung und Verrohung der heutigen Jugend stöhnen können, dazu verurteilen, eine Woche lang das Leben dieser Jugend zu führen. Sie würden sich dann vielleicht auch wundern, daß von unserer Jugend nur so wenige schwer verwahrlosen. Sie würden dann wohl auch darüber staunen, daß diese Jugend noch die Kraft aufbringt, fröhlich auf Fahrt zu ziehen, zu singen, zu tanzen und zu philosophieren.

Gewiß wird zur Bekämpfung der Jugendnot etwas getan. Die Industrie (Siemens, Borsig, J. G. Farbenwerke u. a.) zeigt, was sie heute schon durch Werkschulen, Lehrlingsfürsorge und Berufsauslese für ihren Nachwuchs tut. Die jugendpflegerischen Leistungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden haben eine sehr beachtliche (wenn auch noch sehr ungleiche) Höhe erreicht. Der Jugendherbergsverband, die Verbände für Leibesübungen, die Volkshochschulen, Jugendlager usw. geben der Jugend Möglichkeiten genug, die Freizeit gut zu verwenden. Auch für die erwerbslose und für die verwahrloste Jugend wird an einigen Stellen schon gesorgt. Aber alle diese Maßnahmen würden wenig nützen, wenn nicht in der Jugend selbst der Wille zur Benutzung dieser Einrichtungen lebendig wäre.

Von diesem Willen der neuen Jugend, von dem Wollen des jungen Deutschlands will der dritte Teil der Ausstellung Zeugnis ablegen. Die Vorkriegsjugend kennzeichnet die Meißnerformel (1913): „Die deutsche Jugend will nach eigener Bestimmung vor eigener Verantwortung mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen ein." Die Nachkriegsjugend wählte sich das Wort von Walter Flex: „Rein bleiben und reif werden". Das sind die beiden „Programme", für jene bestimmt, die sich einen „Verein" ohne Programm nicht vorstellen können.



Sonst sprechen nur die Abzeichen, Bilder und Zeitschriften der Bünde zum Beschauer. Ergänzt wird diese bewunderungswürdig einfache und doch so treffende Schau durch das, was die Jugend in der Freizeit in ihren Bünden treibt, und durch die Erzeugnisse jener Künstler, die aus diesen Reihen hervorgingen. Einzelheiten hervorzuheben ist zwecklos. Wer weiß, wie Jugendbewegung lebt, dem kann mit wenig Worten nichts Neues gesagt werden; und wer das nicht weiß, dem verhelfen selbst viele Worte nicht zu einer Vorstellung. Aus dieser Art, die Freizeit mit wertvollem Tun zu erfüllen, holt die Jugend noch einmal die Berechtigung zu ihrer Forderung: „Freizeit ist Not. Bildung erfordert Muße. Freizeit bedeutet Bildungsraum. Gebt der Jugend eine ausreichende tägliche und jährliche Freizeit."

Diese Forderung erhält nun eine ganz andere Bedeutung. Sie ist kein Ausweichen vor den Anstrengungen der Arbeit, keine „Faulheit", obwohl viele verständnislose „Alte" sie als solche ansehen. (Vergleiche die bekannten Klagelieder, die alle beginnen: „Als wir noch jung waren . . .", und enden: „Ja, ja, das ist die Jugend von heute.") Diese Forderung ist die Forderung nach Bildungsraum. Sie entspringt dem Erleben, daß auch diese Jugend noch ein Recht hat, jung zu sein. Sie stützt sich dabei auf ihre eigenen Erfahrungen von 3,6 Millionen Jugendlichen. Denn 3,6 Mill. von den 9,1 Millionen deutschen Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren, d. h. 40 Prozent, sind einem Jugendverband angeschlossen.

Sie hätte sich auch auf die Erkenntnisse der bildungspsychologischen Forschung stützen können. Den wenigen Forschern, die sich bisher mit diesen Fragen beschäftigt haben,

ist schon lange bekannt, daß die frühe und ununterbrochene Erwerbstätigkeit der 14- bis 18jährigen verheerende Zerstörungen anrichtet, die niemals wieder zu beseitigen sind. In diesem Entwicklungsabschnitt nach der Reifezeit wendet sich der Jugendliche wieder der Welt in einer ihm eigentümlichen objektiv-normativen Haltung zu. Er arbeitet an der Gestaltung seines Lebensplanes. In diese Zeit der großen Auseinandersetzung mit der objektiven Welt fällt auch die wichtige Entscheidung, ob der idealistische Kern der Reifezeit erhalten bleibt, oder ob er zerstört wird. Jenes bisher übliche System der Lehrlingsausbeutung von Zeit und Kraft hat diesen Kern zerstört und das Heer der „Spießer" geschaffen, die ohne den Schwung einer Idee, ohne ideale Zielsetzungen dahinvegetieren und die für die ältere Generation sprichwörtlich gewordene Kirchturmspolitik auf jedem Gebiet treiben. Nur die wenigen Glücklichen, die diese Zeit der Adoleszenz auf einer verständigen höheren Schule verbringen konnten, und die ganz wenigen Starken, die trotz aller Widerstände sich die Sehnsucht nach einer Welt des Wahren, Guten und Schönen bewahrt haben, nur diese Wenigen bilden den Stoßtrupp alles kulturellen Fortschritts. Eine Kerntruppe dieses Sturmtrupps ist die Jugendbewegung, die in ihrer heutigen Form von Tag zu Tag wächst und damit an Stoßkraft zunimmt. Sie ist entstanden im Kampf gegen die Welt der Spießer, die ihre kraftlose Art durch den geborgten Schmuck konventioneller Formen zu verdecken suchte. Diesen Kampf kämpft sie heute noch. Aber ihre Kämpferschar ist eine andere. Die erste Kampftruppe hat ihr Ziel erreicht, die höhere Schule und die Schule überhaupt hat sich in ihrem Sinne gewandelt. Die zweite, größere und bedeutendere Kampftruppe hat den Angriff eröffnet. Wir können nur wünschen, daß auch sie bald ihr Ziel erreicht. Ihr Schlachtruf heißt: Ein neues Geschlecht ist not! Freizeit und Bildungsraum ist dazu not. Nur dann kann das neue, ungebrochene Geschlecht sich entfalten und aus dem jungen Deutschland das neue Deutschland werden.

Es gab einmal eine Zeit, da lag die Führung einer derartigen Erneuerungsbewegung in der Hand der Studentenschaft. Das ist heute anders geworden. Die „Deutsche Studentenschaft" ist an der Ausstellung „Das junge Deutschland" nicht beteiligt.[1]) Studentische Verbände treten nirgends hervor. In einigen großen Bünden sind sie als bestehend mitaufgeführt. Die Studentenschaft aber gehört nicht zum „jungen Deutschland". Es muß dies der studentischen Öffentlichkeit einmal klar vor Augen gestellt werden: Eine große Ausstellung des jungen Deutschlands, vom Reichskanzler eröffnet und von den führenden Männern und Frauen unterstützt, geht achtlos an der Studentenschaft vorüber. Und auf der anderen Seite regt sich in dem gesamten kostspieligen Vertretungsapparat, den sich die deutschen Studenten leisten, keine Stimme, die zur Mitbeteiligung ruft. Damit ist das Urteil der Zeit und das Urteil der Zukunft über die „Deutsche Studentenschaft" und vielleicht sogar über die deutsche Studentenschaft gesprochen. Dagegen helfen keine noch so schönen Phrasen auf studentischen Tagungen und bei studentischen Wahlen.

Ansätze zur Überwindung dieses Zustandes sind in dreierlei Richtungen vorhanden. Der erste Ansatzpunkt liegt in der Fachschaftsarbeit. Sie stellt den Studenten vor die gleichen Aufgaben, die ihre Altersgenossen schon einige Jahre früher lösen mußten: Die Berufs- und Lebensaufgabe zu finden. Wenn die Fachschaften in einigen Jahren auf Grund ihrer sachlichen Arbeit und gegen den Willen machthabender studentenpolitischer Kreise erstarkt sein werden, wird sich erst die eigentliche Problematik ihrer Arbeit zeigen. Sie ahnen diese heute schon in den Prüfungsfragen. Sie stehen da in einer ähnlichen Lage wie die erwerbstätigen Jugendlichen, nur daß sie statt gegen die Lehrherren gegen die Prüfungskommissionen vorgehen müssen. Vielleicht wird dann auch von den Fachschaften gegenüber den ständig wachsenden reinstofflichen Gedächtnisforderungen (Repititorenwissen!) der Ruf ertönen: „Bildungsraum ist not, Freizeit ist not!" Heute verweist man noch auf die ersten Semester, die „ja doch verbummelt werden". Man bedenkt nur nicht, daß diese schönen verbummelten Semester sich heute nur noch wenige Begüterte leisten können, weil die Prüfungsanforderungen es notwendig machen, die vorgeschriebene Mindestzahl an Semestern voll mit Studienarbeit auszufüllen.

Das führt uns hinüber zum zweiten Gebiet neuer studentischer Zusammenschlüsse, zur Studentenhilfe. Ist es doch ihre Aufgabe, gerade hier Abhilfe zu schaffen und ein ordentliches Studium zu ermöglichen. Die Leitung der Wirtschaftshilfe hat von jeher und ganz besonders seit der Gründung der Studienstiftung des Deutschen Volkes volles Verständnis für diesen Bildungsraum gezeigt und manchem ihrer Schutzbefohlenen ein vollkommenes Studium ermöglicht. Aber von dieser Seite der Wirtschaftshilfearbeit ist schon viel gesprochen und geschrieben worden. Weniger Gewicht hat man bisher auf die andere Seite gelegt, die Mitarbeiterfrage. Hier liegt eine hochschulpädagogische Aufgabe, die unsere deutschen Hochschulen noch kaum in ihrem vollen Umfange ahnen und von der bisher nur wenige Hochschullehrer und Hochschüler Kenntnis haben. Sie stellt die studentischen Mitarbeiter vor die große, verantwortungsreiche Aufgabe, jedem hilfesuchenden Kommilitonen unvoreingenommen gegenüberzutreten. Das erfordert viel Arbeit an sich selbst, wenn man nur einigermaßen dieser Aufgabe gerecht werden will. Die bisher im Vordergrund stehende Trennung der Kommilitonen nach der Farbe der Bierzipfel muß zurückgeschoben werden. Hier liegt ein Ansatzpunkt zur Aufbauarbeit für die Einigung der Studentenschaft. Aber eins ist dazu not: Der ehrliche Wille zu dieser Einigung. Dieser kann da nicht vorhanden sein, wo eine einzelne Gruppe in sich oder ein einzelner Zweckverband in seinem Zweck das letzte, höchste und einzige Ziel sieht. Sehen wir auf die Jugendbewegung: In tausenden von kleinen Gruppen liegt ihr eigentliches Leben, und deren Programme unterscheiden sich vielfältig. Und doch steht in allen Jugendlichen das Bewußtsein im Vordergrund, jung zu sein und ein Recht auf diese Jugendzeit zu haben. So mannigfach sich die kleinen Abzeichen unterscheiden, so sehr ähnlich sind die Trachten (um an eine Äußerlichkeit zu erinnern). Die Studentenschaft ist seit Jahrhunderten ähnlich zerspalten. Aber der Existenzkampf der einzelnen Gruppen hat längst das Bewußtsein ausgelöscht, daß außer ihr noch mehr Beachtenswertes da ist: die Studentenschaft. Die Kriegergeneration wollte die Spalten überbrücken und schuf eine glänzende Organisation; aber die Studenten, die sich die Macht dieser Organisation aneigneten, ohne den Willen zur Einigkeit zu besitzen, machten sie zum Kampfplatz der Gegensätze, die durch den Kampf nur verstärkt wurden. Es scheint so, als ob die „Alten

[1]) Der Hochschulring deutscher Art wird an einer Stelle als Mitglied des Reichsausschusses deutscher Jugendverbände aufgeführt. Nach seiner Gesamthaltung ist aber kaum anzunehmen, daß der H. d. A. mit der deutschen Jugendbewegung soviel Gemeinsames besitzt, daß er sich an einer Ausstellung „Das junge Deutschland" beteiligen kann.

Herren" viele studentische Verbände beherrschen und ihnen jedes Eigenleben, jede eigene Meinung unmöglich machen und daß die Fuchsenzeit den jungen Kommilitonen den letzten Rest von Jugend und eigener Meinung vernichtet. Hier in dieser unseligen Verkettung der angeblich freien und unabhängigen Studentenschaft mit den Interessen der alten Generation liegt wohl eines der Grundübel der heutigen deutschen Studentenschaft. Die Jugendbewegung hat den besseren Weg gewählt. Sie hat sich wiederholt von den Alten, die sich als Führer anboten, losgesagt. Sie hat auch die Älteren stets wieder als Führer abgeschüttelt. Sie ist ihrer Meißnerformel treu geblieben: Nach eigener Bestimmung ihr Leben gestalten zu wollen.

Es gibt heute schon eine beträchtliche Zahl von Studenten, die aus der Jugendbewegung hervorgegangen sind, ohne daß die Jugendbewegung in der Gesamtstudentenschaft hervortritt. Sie haben sich teilweise in die Studentenhilfearbeit, auch in die Fachschaftsarbeit begeben, und verrichten dort den stillen, unermüdlichen, unbekannten und ungenannten Dienst, dessen Wert alle großtönenden Wahlaufrufe überragt. Viele haben sich aber enttäuscht aus der Arbeit an der Studentenschaft zurückgezogen und in einen Wirkungskreis begeben, den man häufig als „soziale Arbeit" bezeichnet. Von diesem Tun kann eine dritte Art von Anregungen für den Neubau der Studentenschaft ausgehen. Aber, während die bisher genannten sich im Kreise der Kommilitonen bewegen und die Studentenschaft als gesonderte Gruppe noch irgendwie bejahen, liegt der Schwerpunkt dieser dritten Gruppe außerhalb der Hochschule. In der Settlementsbewegung tritt der Student in den Kreis der Betreuten als Akademiker, als ein Höherstehender. Diese Art hat sich in Deutschland nicht durchgesetzt. Sie fand in der Jugendbewegung kein Echo, weil diese in Gemeinschaften Gleichgewerteter ihre Form sah und sieht. Darum sind ihre Anhänger als gleichartige Mitglieder in ihrem Kreise aufgegangen. Sie haben die Bezeichnung Student vermieden, um nicht die vielen damit verbundenen Vorurteile auf sich zu laden. Hier wirken sie nun als Führer des Volkes, aber nicht aus dem Bewußtsein heraus, als Student hierzu verpflichtet zu sein. Die Hochschule ist ihnen nur noch ein Wissensmagazin, nützlich für die Prüfung oder für andere Zwecke. Die Möglichkeit der deutschen Hochschule, Einblick in die Mannigfaltigkeit des Geistes und der Forschertätigkeit zu gewinnen, lassen sie ungenutzt — wenn sie ganz in ihrer anderen Tätigkeit aufgehen. Die Bedeutung solcher Arbeit liegt in der Durchbrechung der kastenhaften Abgeschlossenheit der Studentenschaft, der Zerstörung alter Vorurteile und der Schaffung einer positiven Beziehung zu den Fragen des Lebens, zu den Sorgen der Mitmenschen, deren Führung den kommenden Akademikern auf Grund ihrer Bildung zukommen wird.

Wahrscheinlich wird es noch eine Zeit dauern, bis diese leisen und kaum sichtbaren Bewegungen auch das Bild der Studentenschaft in der Öffentlichkeit verändert haben, denn noch ist die Studentenschaft schwer in die Stricke der Tradition verwickelt und in der Gefahr, mit diesen Stricken ihr Leben ganz abzudrosseln. Auf welchem Wege die Jugendbewegung in die Studentenschaft eindringen wird, ist heute noch nicht zu sagen. Vielleicht beginnt dann ein dritter Abschnitt der Jugendbewegung und ein neuer in der Geschichte der Studentenschaft. Ansätze sind genug vorhanden. Nur Weniges konnte dazu in kurzen Sätzen gesagt werden. Was wird, hängt von den kommenden Semestern ab. Der erstarrten und traditionsgebundenen Studentenschaft aber gelte der Ruf: „Jung-sein ist not!"

Der Würzburger Studententag.

Referat, gehalten von Hans Kadel in der Studentenversammlung am 11. November 1927.

Da in der „Hessischen Hochschulzeitung", Nr. 10, schon ein ausführlicher Bericht über den Studententag erschienen ist, will ich mich an dieser Stelle auf die Behandlung von zwei Fragen beschränken, die zurzeit im Brennpunkt des Interesses stehen und für die künftige Arbeit der D. St. von entscheidender Bedeutung sind. Es sind dies 1. das Verhältnis der D. St. zur C. I. E. (Confederation internationale des Etudiants) und 2. die Verfassungsfrage.

Die C. I. E. wurde im Jahre 1919 zu Straßburg unter ausdrücklichem Ausschluß Deutschlands gegründet. Sie umfaßte bei ihrer Gründung 6 Nationalverbände und hat heute ungefähr 200 000 Mitglieder, die 29 verschiedenen Nationalverbänden angehören. Aber nach einigen Jahren bereits versuchte man von seiten der C. I. E., die D. St. zum Eintritt zu bewegen, da man dadurch 1. den Mitgliederstand um ein Drittel hätte vermehren und 2. die Erfahrungen der D. St. auf den verschiedensten Gebieten praktisch hätte verwerten können. Die D. St. jedoch mußte ihren Eintritt von folgenden Punkten abhängig machen:

1. Ein Verzicht von seiten der C. I. E. auf ein Aufnahmegesuch der D. St.
2. Die volle Anerkennung der D. St. in ihrem großdeutschen Aufbau, und zwar über einen formalen Beschluß hinaus in der praktischen Zusammenarbeit.
3. Die Bereitwilligkeit der C. I. E., das Stück 14 der Geschäftsordnung mit folgendem Zusatz zu versehen: „Es ist im Sinne der Vereinfachung der Verhandlungen erwünscht, daß sich alle Teilnehmer der englischen, französischen oder deutschen Sprache bedienen."

Es fanden verschiedentlich Verhandlungen zwischen Vertretern der C. I. E. und der D. St. statt, die schließlich dazu führten, daß am 24. Juni 1927 in Szeged ein Arbeitsabkommen zwischen der D. St. und der C. I. E. abgeschlossen wurde, das im wesentlichen diesen Forderungen genügte und vom Studententag auch angenommen wurde. Dieses Arbeitsabkommen mußte, bevor es endgültig in Kraft treten konnte, von der Ratssitzung der C. I. E. angenommen werden; dies geschah auch anfangs September 1927 nach verschiedenen unliebsamen Zwischenfällen in der neunten Ratssitzung der C. I. E. zu Rom.

Die deutsche Delegation mußte jedoch, um falschen Eindrücken von vornherein vorzubeugen, zu ihrem Bedauern feststellen, daß das Verhalten einer großen Gruppe innerhalb der

C. J. E., das oft mit den einfachsten Anstandsregeln studentischen und internationalen Verkehrs nicht in Einklang zu bringen war, auch in sachlicher Beziehung nicht ohne tiefgreifende Wirkung auf das Verhältnis beider Organisationen bleiben konnte. Mit diesem Arbeitsabkommen hat die D. St. die Staatsbasis der C. J. E. anerkannt und umgekehrt die C. J. E. auch die Organisationsform der D. St., d. h. die C. J. E. erkennt an, daß die D. St. die Vertretung aller deutschen Studierenden in Mitteleuropa darstellt. Dieser Umstand ist besonders bemerkenswert, da eine solche Einstellung dem Sinne nach mit dem Vertrag von Versailles nicht mehr in Einklang zu bringen ist.

Man wird nun die Erfolge dieses Arbeitsabkommens abwarten müssen, bevor man sich endgültig für einen Eintritt der D. St. in die C. J. E. entscheidet.

Praktisch genommen ist natürlich ein Arbeitsabkommen für die D. St. viel vorteilhafter als ein Eintritt, da sie dann als gleichberechtigter Partner der gesamten C. J. E. als zweiter Partner gegenübersteht, während sie durch den Eintritt als gleichberechtigtes Mitglied unter 30 figurieren würde.

Ich komme nun auf die Entwicklung der Verfassungsfrage zu sprechen. Die Zeit von der Gründung der D. St. an bis zum Jahre 1923 sah einen Verfassungskampf innerhalb der Studentenschaft, der seine Lösung in der Würzburger Verfassung der D. St. fand. Der Verfassungskampf, von dem heute die Rede ist, ist ein Streit zwischen dem preußischen Kultusministerium und den preußischen Einzelstudentenschaften. Die Studentenschaften suchten natürlich nach ihrer Gründung die staatliche Anerkennung zu erlangen. Diese wurde ihnen auch gewährt durch die Schaffung der sogenannten Studentenrechte. Ich beschränke mich an dieser Stelle auf das preußische Studentenrecht, weil dieses für das Folgende allein in Betracht kommt. Das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erließ am 18. September 1920 eine Staatsministerialverordnung über die Bildung von Studentenschaften, die in ihrem § 1 folgende wesentliche Festsetzungen enthält:

„Die vollimmatrikulierten Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit einer Universität oder einer Technischen Hochschule bilden die „Studentenschaft". Die Studentenschaft wird vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung als Zusammenschluß aller an der Hochschule zugelassenen Studierenden staatlich anerkannt, wenn sie darauf anträgt und sich eine Satzung gegeben hat, die den Vorschriften dieser Verordnung entspricht.

Die Satzung der Studentenschaft (§ 3) kann bestimmen, ob, in welchem Umfange und zu welchen Bedingungen vollimmatrikulierte Ausländer an der Studentenschaft oder ihren Einrichtungen teilnehmen dürfen.

Den Studentenschaften der einzelnen preußischen Hochschulen steht es frei, sich untereinander sowie mit entsprechenden Organisationen der übrigen deutschen Hochschulen zu einer allgemeinen oder zu einer deutschen Studentenschaft zu vereinigen."

Über einige Begriffsbestimmungen dieses § 1 bestanden schon bei der Auslegung gewisse Unklarheiten, die aber zu ernstlichen Anständen zunächst nicht führten. Erst im Jahre 1926 wurde durch eine Kleine Anfrage der sozialdemokratischen Partei im preußischen Landtag das Staatsministerium ersucht, die Verordnung vom 18. September 1920 in folgender Weise umzugestalten:

1. Die Studentenschaft wird gebildet von allen deutschen und österreichischen Staatsbürgern.
2. Die Einzelstudentenschaften können sich nur mit solchen Studentenschaften zusammenschließen, die genau so zusammengesetzt sind wie sie selbst.

Diese Änderungen hätten natürlich eine Zerschlagung der D. St. zur Folge gehabt, da die außer-reichsdeutschen Studentenschaften auf dem Staatsbürgerprinzip aufgebaut sind, also ihre Mitglieder nach deutscher Abstammung und Muttersprache bestimmen und da ferner die übrigen reichsdeutschen Studentenschaften die Mitgliedschaft ebenfalls nur deutschen Staatsbürgern gestatteten. Es wäre somit den preußischen Studentenschaften verboten gewesen, sich mit den übrigen deutschen und außer-reichsdeutschen Studentenschaften zusammenzuschließen. Damit wäre faktisch die Arbeit der D. St. stark in Frage gestellt worden, da die preußischen Studentenschaften über die Hälfe der D. St. ausmachen.

Der Kulturausschuß des preußischen Landtages trat nun im Dezember 1926 zusammen, um sich mit der vorerwähnten Kleinen Anfrage zu beschäftigen (siehe hierzu „Hessische Hochschulzeitung", Jahrgang 1927, Nr. 1). Das Ergebnis dieser Beratung ist niedergelegt in dem sogenannten Weihnachtsbrief des Ministers Becker, den dieser am 24. Dezember 1926 den preußischen Studentenschaften zugehen ließ und der im wesentlichen die Gedanken jener Kleinen Anfrage enthielt. Die preußischen Studentenschaften nahmen auf einer Tagung in Magdeburg im Januar 1927 zu diesem Brief Stellung; außerdem hatte der Vorstand der D. St. mit dem Herrn Minister am 15. Februar 1927 ebenfalls noch eine mündliche Unterredung. Die Stellungnahme der preußischen Studentenschaften zu dem Weihnachtsbrief wurde in einer Entschließung niedergelegt, die im wesentlichen folgendes enthält:

„In der Koalitionsfrage stellen die preußischen Einzelstudentenschaften fest, daß einer Abänderung des Aufbaues der Studentenschaften an den auslandsdeutschen Hochschulen außerordentlich große Schwierigkeiten entgegenstehen. Die preußischen Studentenschaften verpflichten sich, in Verhandlungen mit den österreichischen Studentenschaften einzutreten. Sie werden dabei versuchen, Wege zu finden, die zur Schaffung behördlich anerkannter Studentenschaften als Gesamtvertretung aller deutschen Studierenden führen können, so daß die Koalition der preußischen Studentenschaften mit ihnen erhalten bleibt.

In der Frage der Zugehörigkeit der Auslandsdeutschen zur Einzelstudentenschaft sind die preußischen Einzelstudentenschaften bereit, einer Mitwirkung des Rektors als Berufungsinstanz zuzustimmen."

In der mündlichen Besprechung vom 15. Februar 1927 war ein Ausschuß von fünf Vertretern der preußischen Hochschulen eingesetzt worden, der sogenannte Fünferausschuß, der zur Information des Ministeriums und der preußischen Studentenschaften nach Deutsch-Österreich fahren sollte, um die Verhältnisse an den dortigen Hochschulen kennen zu lernen. Der Fünferausschuß begab sich leider erst nach dem Studententag, und zwar Anfang September 1927, nach Österreich, so daß sein Bericht auf dem Studententag nicht vorlag.

Infolgedessen konnte der gesamte Komplex auch im Plenum des Studententages nicht verhandelt werden, sondern wurde auf Tagungen der preußischen Studentenschaften eingehend durchberaten. Wesentlich sind als Ergebnis folgende drei Beschlüsse:

„Der Fünferausschuß hat erklärt, daß seine Kompetenz lediglich darin besteht, die preußischen Studentenschaften und

das preußische Kultusministerium über die tatsächlichen Verhältnisse an den österreichischen Hochschulen aufzuklären und die diesbezüglichen Verhandlungsmöglichkeiten zu untersuchen; eine irgendwie geartete Bindung der preußischen Studentenschaften kann durch den Fünferausschuß nicht erfolgen."

„Die preußischen Studentenschaften bedauern, daß der Fünferausschuß noch nicht seinen Auftrag erfüllt, und erwarten, daß er umgehend den preußischen Studentenschaften über die Lage in Österreich berichten wird."

„Die preußischen Studentenschaften verweisen auf Stück II 2 der Würzburger Satzung, nach der es jeder auslandsdeutschen Studentenschaft freisteht, ihre Zusammensetzung selbst zu bestimmen. Es ist nur möglich, den österreichischen Studentenschaften einen Vorschlag zur Änderung ihrer Zusammensetzung auf Grund der Ausführungen des Fünferausschusses zu machen. Einen Zwang auszuüben, lehnen die preußischen Studentenschaften ab."

Der Vorsitzende der D. St. ging in seinem Bericht über das Studentenrecht nur kurz auf die Lage ein (siehe „Hessische Hochschulzeitung, Nr. 10).

Als Stellungnahme des Deutschen Studententages zu den Verfassungsfragen wurde folgender Antrag angenommen:

„Der Studententag steht auf dem Standpunkt, daß der in der Würzburger Satzung festgelegte großdeutsche Aufbau der Deutschen Studentenschaft die Grundlage der studentischen Gemeinschaft bildet. Dieser Zusammenschluß zur großdeutschen Studentenschaft ist nur möglich auf Grund des in der Würzburger Verfassung festgelegten föderalistischen Prinzips, nach dem alle auslandsdeutschen Studentenschaften ihre Zusammensetzung selbst regeln. Die Deutsche Studentenschaft hält infolgedessen an der Würzburger Satzung unbedingt fest."

Studentenrecht.

Referat, gehalten von Werner Dürsch in der Studentenversammlung am 11. November 1927.

Die vier Hauptpunkte, die im Brennpunkt der Auseinandersetzungen — ich vermeide ausdrücklich das Wort Verfassungskampf — zwischen dem preußischen Kultusministerium und den preußischen Studentenschaften stehen, sind:

1. Mitgliedschaft zur Studentenschaft
2. Ausländerbehandlung
3. Koalitionsrecht
4. Vermögensverwaltung.

Ich betone, daß von diesen Auseinandersetzungen direkt nur die preußischen Studentenschaften berührt sind. Auch soll dieses Referat nur der Orientierung dienen, da bis jetzt in den anderen reichsdeutschen Ländern noch keine Veranlassung vorliegt, das seit 1920 bestehende Studentenrecht abzuändern. Laut Reichsverfassung sind die einzelnen Länder in allen Fragen, die das Kultusministerium betreffen, absolut selbständig. Eine einheitliche Regelung, wie sie gegeben wäre im Falle, daß ein Reichskultusministerium bestünde, gibt es demnach nicht. Man könnte Preußen den Vorwurf machen, daß es eine gewisse Diktatur in dieser Angelegenheit auszuüben versuche, daß das preußische Kultusministerium Funktionen für sich in Anspruch nehme, die eigentlich einem Reichskultusministerium zukämen. Daß einem derartigen Versuch seitens der anderen Länder der schärfste Widerstand entgegengesetzt würde, bedarf wohl nicht der Erwähnung. Zu bemerken sei noch besonders, daß die Person des Herrn Becker mit seiner Stellung als Kultusminister gar wenig in dieser Sache zu tun hat. Persönlich steht er auf dem Standpunkt, daß der großdeutsche Gedanke, das Ideal der Studentenschaft, zu begrüßen sei, jedoch als Kultusminister steht er der Lösung dieser Frage ablehnend gegenüber. Wie Sie bereits vom Berichterstatter des Würzburger Studententages gehört haben, war von den preußischen Studentenschaften ein Fünferausschuß eingesetzt zur weiteren Bearbeitung der Verfassungsfrage. Der Bericht dieses Fünferausschusses über die Vorfälle in Österreich war jedoch nicht so eingehend und umfassend wie man erwartet hatte. So hat auch das Ministerium in seiner amtlichen Begründung zur neuen Staatsministerialverordnung keine Notiz davon genommen.

Es sollen abgeändert werden zunächst die Bestimmungen betreffs Mitgliedschaft und Koalitionsrecht der Studentenschaft. Nach dem alten Studentenrecht, ich betone, es handelt sich nur um Preußen, wurde die Studentenschaft von den Studenten deutscher Staatsangehörigkeit gebildet, während es der Studentenschaft anheimgestellt war, den Mitgliederkreis durch Aufnahme ausländischer Studierender nach eigenem Ermessen zu erweitern. Demgegenüber sind nach der neuen Verordnung alle reichs- und auslandsdeutschen Studierenden zwangsmäßig Mitglieder der Deutschen Studentenschaft. Als auslandsdeutsche Studenten werden vom Ministerium alle nicht reichsdeutsche Studierenden angesehen, deren Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft durch Sprache, Bildung und Bekenntnis zu dieser Gemeinschaft erweisbar ist. Diese Bestimmung bedeutet eine Erweiterung des bisherigen Gebrauchs und der in der Satzung der D. St. festgelegten Mindestbestimmungen. Darin wird nämlich besonderer Wert gelegt auf deutsche Abstammung und deutsche Muttersprache. Zum Beispiel müßte ein rassenreiner Neger, der zufällig deutsch spricht, eine deutsche Schule besucht hat und sich zur deutschen Kulturgemeinschaft bekennt, ohne Rücksicht auf Muttersprache und Abstammung, als Auslandsdeutscher angesehen werden und wäre demgemäß nach der neuen Verordnung Zwangsmitglied einer preußischen und so der Deutschen Studentenschaft. Zwar hat man dem Vorstand der D. St. scheinbar zugestanden, zu entscheiden, ob ein Student Auslandsdeutscher oder Ausländer ist. Als Berufungsinstanz ist der Rektor der jeweiligen Hochschule eingesetzt. In der Tat hat dagegen der Vorstand lediglich zu prüfen, ob der Studierende die Forderungen erfüllt, von der nach der neuen Ministerialverordnung die Zugehörigkeit eines nicht reichsdeutschen Studierenden zu einer preußischen Studentenschaft bzw. zur D. St. abhängen. Hierin ist gegenüber den früheren Bestimmungen ein erheblicher Eingriff in die Selbstverwaltungs- bzw. Selbstbestimmungsrechte der Studentenschaft zu erblicken. Denn sind bei einem Nichtreichsdeutschen die vom Minister geforderten Bedingungen

erfüllt, so muß der Vorstand ihn als Mitglied aufnehmen, obwohl er ihn aus irgendwelchen Gründen nicht als Auslandsdeutschen ansehen kann.

Hinsichtlich der österreichischen Studierenden ist die Lage so, daß es sich lediglich darum handelt, festzustellen, ob sich der Studierende zum deutschen Volkstum bekennt oder nicht, ohne Rücksicht auf Muttersprache und Abstammung. Auf Grund der Verfassung der D. St. könnte eine derartig zusammengesetzte Studentenschaft immer noch Mitglied der D. St. sein, da die alte Würzburger Verfassung lediglich Mindestforderungen aufstellt. Jedoch auch das Koalitionsrecht wird von der neuen Staatsministerialverfassung beeinträchtigt. Nach den früheren Bestimmungen konnten sich die preußischen Studentenschaften sowohl untereinander als auch mit entsprechenden anderen Organisationen der übrigen deutschen Hochschulen vereinigen zur bisherigen Deutschen Studentenschaft. Jetzt ist die Koalitionsmöglichkeit an die Bedingung geknüpft, daß die sich mit preußischen Studentenschaften vereinigenden Studentenschaften nach den Forderungen des preußischen Kultusministeriums aufgebaut sind, und daß außerdem die Satzungen der Gesamtvereinigung nicht mit den preußischen Verordnungen in Widerspruch stehen. Auf Grund der Tatsache, daß in den anderen reichsdeutschen Studentenschaften die Zugehörigkeit von Auslandsdeutschen deutscher Muttersprache und deutscher Abstammung abhängig gemacht wird, ist ein Zusammenschluß zwischen preußischen und anderen reichsdeutschen Studentenschaften für die preußischen Studentenschaften unmöglich. Vollkommen koalitionsunfähig sind somit die auslandsdeutschen Studentenschaften Danzig, Sudetendeutschland und Deutsch-Österreich, die bekanntlich nur die Studierenden deutscher Muttersprache und deutscher Abstammung umfassen.

Einschneidende Änderungen hat die Vermögensverwaltung und Vermögensbeschaffung der Studentenschaft erfahren. Man glaubt, auf Grund gewisser unerfreulicher Vorkommnisse zu derartigen Eingriffen verpflichtet zu sein. Es sind erwiesenermaßen Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Jedoch hat die Studentenschaft auch hier nicht tatenlos zugesehen. Sie hat selbst Einrichtungen getroffen, die solche Vorkommnisse unterbinden sollen. Ich erinnere an den Beschluß des Bonner Studententages, auf Grund dessen alle Studentenschaften Kassenordnungen auszuarbeiten hatten, nach der die Kassenprüfung und Vermögensverwaltung stattzufinden hat. Seither unterlag die Genehmigung des Haushaltsplanes im Einzelnen einem völlig unabhängigen Vermögensbeirat. Wenn auch dem Ministerium das Recht zustand, einen gewissen Höchstkopfbeitrag festzusetzen, so konnte doch die Studentenschaft im Rahmen dieses Höchstbeitrages die Arbeitsgebiete und die Aufwendungen hierfür nach eigenem Ermessen bestimmen mit Genehmigung ihres Vermögensbeirates. Auch hierin sieht die neue Verordnung eine Änderung vor. Der Minister behält sich nicht allein das Recht vor, einen Höchstkopfbeitrag festzusetzen. Er hat auch jetzt das alleinige Recht, die einzelnen Posten des Haushaltsplanes nach eigenem Ermessen zu genehmigen oder nicht zu genehmigen. Im Vermögensbeirat ist an die Stelle des Altakademikers der Universitätskurator oder ein entsprechender Beamter eingeführt. Damit ist auch der Studentenschaft der wirksame Anknüpfungspunkt mit den ehemaligen akademischen Bürgern genommen, worauf in der alten Verordnung gesteigerter Wert gelegt worden war.

Die Einführung des Universitätskurators hat aber noch einschneidendere Bedeutung. Durch ihn, der sich als staatlicher Beamter nach den Anordnungen des Ministeriums bzw. der Parlamentsmehrheit zu richten hat, können auf diese Weise Ausgaben der Studentenschaft, die aus irgendwelchen Gründen der augenblicklichen Parlamentsmehrheit nicht genehm sind, einfach unterbunden werden. Von einer akademisch freien Selbstverwaltung der Studentenschaften kann also sozusagen keine Rede mehr sein.

Auf dem Studententag in Würzburg hatte man die Einsetzung einer unabhängigen verwaltungsgerichtlichen Instanz ins Auge gefaßt, die in Zweifelsfällen über die Auslegung von Verordnungen zu entscheiden haben sollte. Für Preußen ist eine derartige Einrichtung völlig hinfällig geworden. Der Minister selbst ist Berufungsinstanz für seine eigenen Verordnungen, ein Zustand, der wohl juristisch undenkbar sein dürfte.

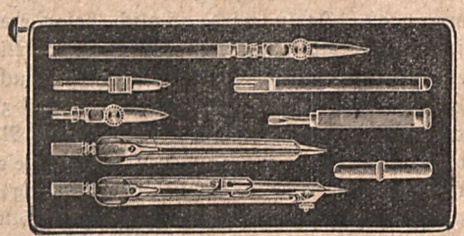
Allgemein dürfte bekannt sein, daß fast sämtliche studentischen Verbände sowie die Rektorenkonferenz und Hochschulverband sich gegen die neue Verordnung ausgesprochen haben.

Der Vorstand der D. St. ließ folgendes Schreiben an die Einzelstudentenschaften ergehen:

An die Deutsche Studentenschaft!

Nach dem neuen preußischen Studentenrecht haben die preußischen Studentenschaften bis zum 15. Dezember 1927 durch eine Urabstimmung festzustellen, ob sie unter den veränderten Umständen erneut eine staatliche Anerkennung ihrer Organisation beantragen wollen.

Die Bedingungen, die vom preußischen Staatsministerium an die weitere Verleihung dieser staatlichen Anerkennung geknüpft werden, stehen im Widerspruch zu dem Gedanken einer der akademischen Freiheit entsprechenden studentischen Selbstverwaltung und greifen an den innersten Kern der Idee einer

Die wirtschaftlich besten
REISSZEUGE
mit Parallelzirkel

sind die von
LOTTER

„Deutschen Studentenschaft" als der Gemeinschaft der deutschen akademischen Jugend aller Hochschulen des deutschen Sprachgebietes.

Das neue Studentenrecht nimmt der Studentenschaft die Möglichkeit einer selbständigen und verantwortungsvollen Gestaltung und Durchführung ihrer Aufgaben, als deren Ziele sie die Erziehung ihrer Mitglieder zum Dienst an Hochschule und Volk ansieht. Die Erfüllung dieser Pflicht bedeutet für die Studentenschaft den wesentlichsten Inhalt der akademischen Freiheit, der ihr nunmehr genommen wird.

Niemals hat sich der Aufgabenkreis der Studentenschaft auf die Sorge für das materielle Wohl der Einzelmitglieder beschränkt, vielmehr verpflichtet die Geschichte der letzten hundert Jahre deutschen Studententums auch heute die akademische Jugend zur Erfüllung höherer nationaler Pflichten. So hat nach dem Zusammenbruch unseres deutschen Volkes die studentische Kriegsgeneration auf den Trümmern des deutschen Reiches und des österreichischen Bruderstaates sich zur ersten großdeutschen Gemeinschaft, zur „Deutschen Studentenschaft" zusammengeschlossen. Die geschichtliche Bedeutung dieser Tat liegt darin, daß in einer Zeit, in der äußerer Zwang und innere Unentschlossenheit eine staatliche Zusammenfassung aller Deutschen verhinderte, die studentische Jugend den großdeutschen Gedanken in der Form ihrer eigenen Organisation dem deutschen Volk zu lebendiger Mahnung vor Augen stellte.

Gibt die Studentenschaft, den Forderungen des preußischen Staatsministeriums entsprechend, die Möglichkeit freier Selbsterziehung ihrer Glieder und den großdeutschen Aufbau ihrer Organisation auf, so zerschlägt sie das Werk der Frontstudenten und nimmt ihrem Zusammenschluß seinen tiefsten Sinn und Zweck.

Vom Grenz- und Auslandsdeutschtum.

Der Kampf der Deutschen Studentenschaft um ihre großdeutsche Zusammensetzung ist in vollem Gange. Wenn nun auch aller Augen auf diese Bewegung gerichtet sind, so darf die Studentenschaft keineswegs die anderen großdeutschen Probleme in den Hintergrund verdrängen. Beim Amt für politische Bildung besteht eine Zeitungsbearbeitungsstelle, mit dem Zweck, Grenzland- und auslandsdeutsche Zeitungen in dieser Hinsicht zu bearbeiten und entsprechendes Material in Form von Zeitungsausschnitten u. dgl. zu sammeln. Das gesammelte Material wird den einzelnen Unterabteilungen des Amtes für politische Bildung weitergegeben und steht allen Kommilitonen kostenlos zur Verfügung.

Geplant ist, unter dieser Rubrik in zwangloser Folge kurze Ausschnitte aus der Materialsammlung zu veröffentlichen, um die brennendsten Fragen des Grenzland- und Auslanddeutschtums allen Kommilitonen vertraut zu machen. Vorschläge und Wünsche zur besseren Ausgestaltung des vorstehenden Gedankens werden in den Sprechstunden des Amtes für politische Bildung gern angenommen, doch dürfen dieselben nicht auf parteipolitischen Gründen aufgebaut sein.

Deutschtum in der Tschechoslowakei.

Die Tschechen haben eine gute Methode erfunden, das „Übel" (lies Deutschtum) an der Wurzel zu fassen. Systematisch, ohne Rücksicht auf bestehendes Gesetz, werden die deutschen Schulen gedrosselt und abgebaut. Der tschechische Staat ist verpflichtet, sobald die Schülerzahl einer Klasse 70 Kinder umfaßt, eine neue Klasse einzurichten. Dieser Verpflichtung entzieht er sich aber und bringt es fertig, in der nordböhmischen Stadt Asch (25 000 deutsche Einwohner) hundert und mehr Kinder in den Volksschulklassen einzuschulen. In Gablon hat es der tschechische Staat sogar erreicht, 77 Kinder aus den verschiedensten Klassen in einem Raum zusammenzupferchen. Die deutschen Schulklassen werden immer mehr verringert, natürlich zugunsten der tschechischen Schulen, deren Zahl sehr bedeutend erhöht wird. — Der deutsch-parlamentarische Schulausschuß hat vor kurzem in einer Denkschrift, auf Grund statistischer Unterlagen bei dem tschechischen Ministerpräsidenten, dem Finanzminister und dem Unterrichtsminister gegen diese Schulpolitik Verwahrung eingelegt, da die Maßnahmen der tschechischen Schulbehörde nicht den tatsächlichen Nationalverhältnissen entsprechen und auch nicht mit den politischen Erklärungen in Einklang gebracht werden können, die den deutschen Regierungsparteien in bezug auf das Minderheitsschulwesen gegeben worden sind. Nach Prof. Dr. Scheer, Prag: Die Bedrückung der deutschen Schulen in der Tschechoslowakei. Heim-ins-Reich.) — Aber nicht genug damit, daß deutsche Kinder in unmäßiger Zahl in einer Klasse zusammen lernen müssen; man zwingt deutsche Kinder, tschechische Schulen zu besuchen, in denen Tschechisch die Unterrichtssprache ist. In Hammer bei Brüx wird die tschechische Staatsvolksschule von zusammen 8 Kindern besucht, hiervon 5 Kinder rein deutscher Abstammung und der Unterrichtssprache gar nicht mächtig, trotzdem einige schon ein und mehr Jahre diese Schule besuchen. Welch ein Unterrichtserfolg muß da erzielt werden! Die acht Schulkinder sind aber nicht etwa aus der Gemeinde Hammer selbst, sondern 2 tschechische und 2 deutsche Kinder aus Johnsdorf, 1 deutsches Kind aus Launitz und 1 tschechisches und 2 deutsche Kinder aus Hammer selbst. Der tschechische Staat steht aber auf dem Standpunkt, daß derartig wichtige tschechische Minderheitsschulen unter keinen Umständen abgebaut werden dürfen. Wo bleibt die deutsche „Minderheitsschule"?

Organisierte Tschechisierungsvereine unterstützen diesen wohldurchdachten Vernichtungsfeldzug gegen das Deutschtum mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Sie scheuen sich nicht, die Behörden in befehlshaberischer Weise von ihren Wünschen in Kenntnis zu setzen. Aus vorliegenden Quellen geht einwandfrei hervor, daß die Tschechisierungsvereine in ständiger Verbindung mit den staatlichen Behörden, besonders mit den Ministerien stehen. Diese nationale Kleinarbeit zeitigt leider große Erfolge und es wäre dringende Abhilfe notwendig.

Was den Anschluß Österreichs an Deutschland betrifft, so stehen die Tschechen auf folgendem Standpunkt: Anläßlich des Besuches von Marx und Stresemann in Wien schreibt „Narodni Politika" u. a.: Für das Wohl Österreichs wäre es am besten, wenn es sich entschließen würde, eine zweite Schweiz zu werden. Europa würde es begrüßen, wenn außer

der Schweiz noch ein zweiter Staat einen neutralen Boden bilden würde. Und „C. Slovo" fährt fort: „Es ist wirklich verwunderlich, daß man nicht sofort nach dem Verfall Österreichs an die Vereinigung der österreichischen Alpenländer mit der Schweiz dachte und diese Vereinigung nicht allenfalls vollzog. Diese Lösung wäre, wie es scheint, für den Frieden der ganzen Welt und besonders der Nachbarstaaten weniger gefährlich als der Anschluß an Deutschland. . . . Eine vergrößerte Schweiz wäre ein fester Damm zwischen Italien und Deutschland und auch ein guter Nachbar der Tschechoslowakei. — Selbstbestimmungsrecht der Völker?!

Die nächste Nummer der „Hessischen Hochschulzeitung" wird einige Belege italienischer Großtaten am Deutschtum bringen. Knaup.

Rundschau.

Das Ergebnis der Urabstimmung an den preußischen Hochschulen, eine vernichtende Niederlage Beckers.

Am 30. November haben die Studentenschaften sämtlicher preußischer Hochschulen in einer Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des neuen preußischen Studentenrechtes zu entscheiden gehabt, dessen Annahme die Zerschlagung des großdeutschen Aufbaues der Deutschen Studentenschaft und eine wesentliche Einschränkung der Selbstverwaltung der Studentenschaft zur Folge gehabt hätte.

Die preußischen Studentenschaften haben sich in ihrer überwältigenden Mehrheit für die Ablehnung der neuen Staatsministerialverordnung und damit gegen die Absichten des preußischen Kultusministers Becker ausgesprochen. Das Ergebnis an den einzelnen Hochschulen ist folgendes:

Hochschule:	Wahlbeteiligung %	für Annahme	für Ablehnung
Universität Königsberg	—	168	1255
Hand.-Hochschule Königsberg	—	53	284
Universität Kiel	—	187	1054
Universität Greifswald	73	55	815
Techn. Hochschule Hannover	81,4	167	1337
Tierärztl. Hochsch. Hannover	94,2	4	204
Bergakademie Clausthal	80,3	3	291
Forstl. Hochsch. Hannoversch-Münden	87,6	1	112
Universität Breslau	76	691	1740
Techn. Hochschule Breslau	79,5	101	555
Universität Halle	75	98	1513
Universität Köln	57,1	563	2200
Med. Akad. Düsseldorf	88	26	46
Universität Frankfurt	54	420	1101
Universität Berlin	ca. 78	2575	4461
Techn. Hochschule Berlin	88	541	2775
Hand.-Hochschule Berlin	64,9	260	684
Forsthochschule Eberswalde	84,8	0	67
Landw. Hochschule Berlin	73	19	343
Tierärztl. Hochschule Berlin	88,5	6	199
Universität Marburg	77,6	179	1737.

Da für den Fall einer Wahlbeteiligung unter 50% nach den Abstimmungsbedingungen das neue Studentenrecht auf jeden Fall als abgelehnt gelten würde, wurde an der Technischen Hochschule Aachen und an der Universität Münster von den Gegnern des Ministers Wahlenthaltung als Parole ausgegeben. Infolgedessen wurde in Aachen nur eine Wahlbeteiligung von 41%, in Münster eine solche von 30% erzielt. An diesen beiden Hochschulen ist das neue Studentenrecht infolgedessen auch abgelehnt worden.

Als einzige von den preußischen Hochschulen hat die Theologisch-Philologische Akademie in Braunsberg, die nur 33 Studierende zählt, das neue Studentenrecht mit 32 gegen 1 Stimme angenommen.

An der Universität Bonn stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 76,6% 978 Studierende mit ja und 1702 mit nein; an der Universität Göttingen sprachen sich bei einer Wahlbeteiligung von 70% 291 Studierende für und 1866 gegen die neue Verordnung aus, so daß auch an diesen beiden Universitäten das neue Studentenrecht abgelehnt ist.

Es steht nunmehr lediglich noch das Ergebnis von der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf aus, die sich jedoch durch einen einstimmigen Kammerbeschluß ihrer Studentenschaft ebenfalls bereits gegen die Annahme der neuen Staatsministerialverordnung ausgesprochen hat.

Es dürfte damit feststehen, daß der Herr Kultusminister Dr. Becker bei Erlaß der neuen Verordnung die Mentalität seiner Studenten in sehr erheblichem Maße verkannt hat.

Erlaß des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 6. Dezember 1927.

Auf die Berichte über das Ergebnis der Abstimmung.

Durch die Abstimmung haben die Studenten der Universität (Hochschule) erklärt, daß sie eine „Studentenschaft" nicht bilden wollen. Eine als gesamte Vertretung aller Studierenden und als Glied der Hochschule staatlich anerkannte Studentenschaft besteht danach nicht mehr. Der Bildung von freien Vereinen stehen Hindernisse nicht im Wege. Nur darf der Name „Studentenschaft" nicht geführt werden und es kann einem solchen Verein nicht die Anerkennung als Gesamtvertretung der Studierenden gewährt werden. Daraus folgt, daß derartige „freie Vereine" auf einer neuen Rechtsgrundlage stehen und daher keinerlei Anspruch erheben können, als Rechtsnachfolger der bisherigen „Studentenschaft" angesehen zu werden.

Ich ersuche, die Räumung der der Studentenschaft oder ihren Organen (Fachschaften, Ämtern usw.) vermieteten oder sonst zur Verfügung gestellten Zimmer zu veranlassen und mir bis zum 1. Januar 1928 darüber zu berichten. Aus allen Ausschüssen der Hochschule (Gebührenausschuß usw.), in die die Studentenschaft Vertreter entsandt hat, scheiden diese aus. Da die Studentenschaft nicht mehr Glied der Hochschule ist, sind auch alle von ihr resertierenden Ämter (Ausschüsse, Fachschaften usw.) aufgehoben.

Von der Hochschule.

Rektor und Senat der Technischen Hochschule Darmstadt haben auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Architektur Herrn Geheimrat Professor *Dr. phil. h. c.* Karl Bantzer zu Marburg a. L., dem Maler hessischen Volkstums, und auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Maschinenbau Herrn Fabrikbesitzer Emil Schenck zu Darmstadt in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Entwicklung der Materialprüfung und die Einführung schwingungstechnischer Methoden in den praktischen Maschinenbetrieb, sowie seiner wirksamen Tätigkeit im Interesse der hessischen Wirtschaft die Würde eines

„Doktor-Ingenieurs Ehrenhalber"

verliehen.

Studentische Ämter.

Exkursionsamt.

Das Exkursionsamt der Studentenschaft veranstaltet in jedem Semester eine Reihe Besichtigungen, an denen sich jeder Kommilitone beteiligen kann. Auch im laufenden Semester finden wieder Exkursionen nach Lanz, Benz-Daimler, Brown-Boveri, Stahlwerk Mannheim und König & Bauer in Würzburg statt. Für die zweite Januarwoche ist eine Besichtigung der Zeppelinwerke und der Maybach-Motorenwerke in Friedrichshafen gedacht. Wir hoffen, bis Ende des Halbsemesters im Besitze der endgültigen Zusage zu sein, was durch einen Anschlag am Schwarzen Brett des Amtes bekannt gegeben wird.

Viele Kommilitonen, besonders jüngere, scheinen von dem Bestehen eines Exkursionsamtes nichts zu wissen. Bei den älteren dagegen ist eine steigernde Wertschätzung unseres Amtes zu bemerken, und mit Recht. Die fachmännischen Führungen, der Einblick in moderne Großbetriebe weitern den Gesichtskreis der Studierenden beträchtlich. Die Fahrkosten sind auf die Hälfte des normalen Fahrpreises ermäßigt. Der Kreis der Firmen, mit denen wir in Beziehung stehen, ist schon recht groß. Jedoch werden Vorschläge und Wünsche von seiten der Kommilitonen sehr begrüßt.

Die Sprechstunden des Exkursionsamtes liegen Mittwochs von 11—11^{45} Uhr. Gaßner.

Wanderamt.

1. Die vor dem 10. November entliehenen Karten und Führer bitten wir in der nächsten Sprechstunde zurückzubringen. Bei weiterer Verzögerung wird die doppelte Leihgebühr und evtl. Mahngebühr erhoben.

2. Kartenvermittlung: Am 16. Dezember geht die nächste Sammelbestellung heraus. Kommilitonen, die Karten zu beziehen wünschen, wollen bis dahin ihre Bestellungen bei uns aufgeben. Durch unsere Vermittlung ermäßigen sich die Preise um ca. 20%.

3. Die Mitgliedskarten für Deutsche Jugendherbergen können durch uns bezogen werden. Für den Rest des Jahres (auch noch für die ersten Monate des nächsten Jahres gültig) beträgt der Beitrag *RM* 1.50. (Wir hoffen, für das nächste Jahr die Herausgabe von Studenten-Bleibeausweisen für 50 Pfg. anstatt der Mitgliedskarten für *RM* 3.— zu erreichen.)

4. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf unsere Bücherei hinweisen, die eine sehr wertvolle Ergänzung zum Führermaterial bildet. Sie wird als Abteilung „Volks- und Landeskunde" vom Büchereiamt mit verwaltet. Entleihen geschieht also nicht durch das Wanderamt.

Verbindungen und Vereine.

Arbeitsbericht der Akademischen Ortsgruppe Darmstadt des V. D. A. über das Wintersemester 1926/27 und das Sommersemester 1927.

Die beiden letzten Semester brachten eine erfreuliche Erweiterung der Akad. Ortsgruppe. Acht Verbindungen konnten als neue Mitglieder gewonnen werden, so daß nunmehr alle Darmstädter Korporationen der Ortsgruppe angehören bis auf drei, die allerdings ihren Eintritt für das Wintersemester bereits in Aussicht gestellt haben.

Die Hauptveranstaltung des W.-S. war ein Vortragsabend, an dem Herr Professor Dr. Maull-Frankfurt an Hand sehr guter Lichtbilder über seine Reise durch die deutschen Siedlungen in Brasilien referierte. Ferner besuchte die Ortsgruppe sehr zahlreich den Vortrag des Führers der deutschen Fraktion im jugo-slavischen Parlament, Dr. Graßl aus Belgrad.

Das S.-S. brachte die Werbewoche des Landesverbands Hessen-Darmstadt, die auch die Studenten zu eifriger Mitarbeit aufrief. Die Akad. Ortsgruppe beteiligte sich an dem großen, die Werbewoche einleitenden Fackelzug und stellte für die am nächsten Tage stattfindende Straßensammlung wohl die Mehrzahl der Sammler. Schließlich betätigte man sich helfend bei dem von der Frauenortsgruppe veranstalteten „Wiener Abend".

Die Pfingsttagung des V. D. A. sah 10 Mitglieder der Ortsgruppe gen Goslar ziehen und ließ uns dort viel Schönes erleben. Es sei noch erwähnt, daß Vertreter der Ortsgruppe zu einem „Parlamentarischen Abend" des Hessischen Landtags, an dem Herr Prrofessor König-Gießen und Studienrat Dr. Weckerling-Friedberg, über Fragen der Deutschtumsarbeit sprachen, ferner zu einem Empfang deutsch-amerikanischer Gäste durch den Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt und zu einem Professorium eingeladen waren.

Die Arbeit der Ortsgruppe innerhalb der Darmstädter Studentenschaft fand lebhafte Unterstützung durch das Entgegenkommen der „Hessischen Hochschulzeitung", die nicht nur die internen Mitteilungen der Ortsgruppe, sondern darüber hinaus dankenswerterweise in fast jedem Heft die verschiedensten Abhandlungen und Notizen über das Deutschtum im Ausland und unsere Arbeit abdruckte und somit zur Kenntnis weitester Kreise der Darmstädter Studentenschaft brachte.

Das Wintersemester wird noch mehr als die vergangenen Semester im Zeichen der Zusammenarbeit der Ortsgruppe mit dem „Amt für politische Bildung" der Darmstädter Studen-

tenschaft stehen. Der Arbeitsplan sieht neben einer Arbeitsgemeinschaft im kleinen Kreise, die im Anschluß an die Vorlesung von Herrn Studienrat Weckerling stattfinden soll, zwei Vortragsabende vor, für die bereits mit geeigneten Referenten Verhandlungen geführt werden. Brauer.

Bücher und Zeitschriften.

Jubiläumstagung des Schwarzburgbundes Pfingsten 1927. Eine Buchbesprechung. Von Dr. F. T. S.

Über diese Jubiläumstagung berichtet in persönlichster Weise durch Wiedergabe der Ansprachen, Reden und Festvorträge Heft 3, Neue Folge, der „Schriften aus dem Schwarzburgbund". Der Privatdozent an der Berliner Universität *Lic.* Wilhelm Michaelis, ein Angehöriger des Bundes, hat ein Geleitwort vorausgeschickt.

Was den Berichterstatter mehr noch vielleicht als die erwähnten offiziellen Auslassungen interessieren mußte, sind die den eigentlichen Text der Schrift eröffnenden „Gruß- und Losungsworte zur Jubeltagung". Die Schriftleitung hatte nämlich eine Reihe von Philistern, die im Leben des Bundes, seiner Landesverbände und Verbindungen an führender Stelle stehen und deren Wort ihr Amt besonderes Gewicht gibt, gebeten, ihre Gedanken zur Jubeltagung in kurze Sätze zu fassen. Unter diesen Losungsworten nun hatten für den objektiven Berichterstatter diejenigen eine besondere Bedeutung, die nicht nur in durchaus verständlicher Begeisterung dankten und rühmten, sondern die auch offen-ehrliche Kritik übten, nicht um zu nörgeln, sondern um dahin zu deuten, wo vielleicht Besserung nötig wäre, wo vor allem die Stellen im Verbindungsleben überhaupt sind, von denen aus weiter und emporgebaut werden muß.

Universitäts-Professor Geh. Rat *D. Dr.* Johannes Ficker in Halle, dereinst eines der gefeiertsten und beliebtesten Mitglieder des Lehrkörpers der stolzen deutschen Straßburger Kaiser-Wilhelms-Universität, schreibt:

„Mannigfacher und tiefer greifend als in den anderen akademischen Verbänden sind im Schwarzburgbunde in den Eigentümlichkeiten der einzelnen Verbindungen die Verschiedenheiten nebeneinander gestellt. Hier liegen, wie die bisherige Geschichte gezeigt hat, bestimmte Gefahren, aber hier sind auch große, hohe Aufgaben gewiesen: ebenso die Durchsetzung des Gemeinsamen über dem Verschiedenartigen als die gegenseitige Ergänzung und Bereicherung durch das Vielfältige und Andersartige. In der Erkenntnis und Erarbeitung solcher Ziele beruht die Gewähr einer bedeutenden Zukunft äußeren und inneren Wachstums des Schwarzburgbundes, sowie seiner Auswirkung auf das nationale, soziale, geistige und religiöse Leben unseres Volkes."

Und der Professor an der Universität Münster *D. Dr.* Wilhelm Staehlin, wie Johannes Ficker Philister des Schwarzburgbundes, gibt das mutige Bekenntnis:

„Es ist nicht aller „Brauch der Väter" heilig; manches, das harmlos und heilsam war, wird unerträglich in einem gründlich anderen Geschlecht; neue Aufgaben und Verantwortungen steigen empor, vor denen überkommene und liebevoll gepflegte Formen fragwürdig werden. Nicht daß wir durch mehr als drei Menschenalter hindurch da sind, sondern daß wir an dem heute jungen Geschlecht einen Beruf sehen und erfüllen, macht unseren Bund liebenswert und ehrwürdig."

Heute Mittwoch, 14. Dezember 1927
abends 8 h. c. t. Hörsaal 138

Vortrag: Dr. Georgi

Chefarzt der Epileptischen Anstalt zu Nieder-Ramstadt

über das Thema:

Rationalisierung und persönliche Verantwortung.

ANZEIGEN-TEIL

Im Speisehaus
„Böttingers Brauerei"
Ludwigsplatz 8, am Bismarckdenkmal
erhalten Sie einen vorzüglichen, reichen
MITTAGS-TISCH
zum Preise von Mk. —.80.
Auswahl unter 3 verschied. Diners.
Ab 6 Uhr abends „Stammessen" von Mk. —.50 an.
Kein Trinkzwang.

Sehr wichtig!
Bitte heutige Beilage beachten!
Reichskurzschrift



Optiker Kuntze, Wilhelminenstr. 7

Schoellershammer-Zeichenpapiere

SCHUTZMARKE SCHOELLERSHAMMER

in Rollen und Bogen

Seit 50 Jahren die führende Marke
für erstklassige Zeichenpapiere

Vorrätig
in allen einschlägigen Handlungen

Heinr. Aug. Schoeller Söhne
Düren (Rheinland)



L. & C. HARDTMUTH

der unerreichte und
verläßlichste Zeichenstift
stets in gleicher Güte!

SKI-, RODEL-, EISLAUF-
AUSRÜSTUNG UND BEKLEIDUNG

Wollwesten-Sweater, Pullover,
Herrenwäsche, Kravatten,
Handschuhe, Kragenschoner,
Loden-Mäntel, Regen-Mäntel

Sporthaus L. Adelmann, Darmstadt
Rheinstr. 12¼ :-: **Fernruf 1429**



Herrenwäsche
Handschuhe
Krawatten
Studenten-Utensilien

Hauptmann

jetzt Ludwigsplatz 2



Photohaus Umbreit

Darmstadt
Soderstrasse 8 — Am Kapellplatz

Vorteilhafte Einkaufsquelle
für
Photoapparate u. Bedarfsartikel
Aufnahme techn. Zeichnungen

Diapositive
Atelier-Aufnahmen
Amateur-Arbeiten

Studierende verlangen Vorzugspreise

Vornehme Herrnbekleidung

fertig und nach Mass
empfiehlt

W. DEUSTER
K.-G.
Marktplatz und Marktstraße
Ausstellung: Rheinstraße 26

Parade-Ausstattungen



Gegründet 1842

Fecht- und Mensur-Ausrüstungen
Couleurbänder, Mützen, Stürmer
Cerevise, Bier-, Wein- und Sektzipfel
Dedikations-Artikel
Direkte Lieferung zu Fabrikpreisen
Größte Leistungsfähigkeit
Studenten-Utensilien-Fabrik
Emil Lüdke
vormals Karl Hahn und Sohn, G. m. b. H.
Jena in Thüringen 48
Älteste und größte Fabrik dieser Branche
Verlangen Sie Katalog gratis

Luftkurort Einsiedel
bei Darmstadt
Durchgangsverkehr: Darmstadt—Frankfurt a. M.—Aschaffenburg
AUTO-GARAGE
Fernsprecher: Darmstadt 44
Erstklassig eingerichtete Fremdenzimmer · Gute Küche
Bestgepflegte Getränke · Pension von 5 Mark an
Schöner Sommeraufenthalt mitten im Fichtenwald am Wildpark
Angenehme Spaziergänge
Gesellschaftszimmer für Verbindungen und Vereinigungen stets zur Verfügung
Für Verbindungen und Vereinigungen Preisermäßigung auf sämtliche Getränke und Speisen.
Besitzer: Franz Liebert

Schriftschablonen



Original **Bahr's Normograph**
Über 6 Millionen im Gebrauch!
Genau den Vorschriften des Normen-Ausschusses entsprechend
Begeisterte Anerkennungen
D.R.-Patente Auslandspatente
Filler & Fiebig. Berlin S 42
Prospekte kostenfrei

Rechenschieber Leichtbau
Paustinktur Klementine
Schraubenschablonen
Abrundungsschablonen
In Zeichenwarengeschäften erhältlich

Seit 50 Jahren
liefern wir
Filtrierpapiere
für alle vorkommenden Arbeiten in unerreichter Beschaffenheit und Vielseitigkeit auf Grund gesammelter Erfahrungen aus Fachkreisen.
Erhältlich bei Firmen des Laboratoriumbedarfs
Carl Schleicher & Schüll
DÜREN, Rheinland

Gewöhnen Sie sich bei Zeiten an den Gebrauch unserer
Millimeterpapiere
in Rollen, Bogen und Blocks
Sonderheit:
Logarithmenpapiere und Profilhefte
Unentbehrl. Hilfsmittel für Berechnungen und graphische Darstellungen aller Art
Durch alle Papierhandlungen erhältlich
Carl Schleicher & Schüll
DÜREN, Rheinland

Feinbäckerei und Konditorei
Hans Roth
nächst der Hochschule
Lauteschlägerstrasse 8

empfiehlt ab 7 Uhr früh
sämtliche Backwaren
in ff. Güte und Qualität

*

Täglich 3 mal
frische, warme Brötchen